

# Ein bißchen Saus, ein bißchen Graus

Eine Reportage aus Rostock-Lichtenhagen (Seite 3)



## MECKLENBURGER

# AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 3. Jahrgang · Nr. 35/36 · 4. September 1992 · 1,00 DM

<b>Balanceakt Politik</b> Seite 2	<b>Hunger in Afrika</b> Seite 4	<b>Talfahrt ohne Ende</b> Seite 5	<b>Nadolny und Franklin</b> Seite 6	<b>Documenta in Kassel</b> Seite 7	<b>Grundwasser für Rostock</b> Seite 8
------------------------------------------	----------------------------------------	------------------------------------------	--------------------------------------------	-------------------------------------------	-----------------------------------------------

### Ist der Ruf erst ruiniert

Da sitzen wir in unserem Schlamm. Der Rauch aus Rostock ist abgezogen. Ein paar Randalierer wurden verhaftet. In Schwerin und Rostock versucht die Verantwortung für die Hilflosigkeit angesichts der Gewalt, einen Menschen zu treffen, der sie trägt.

Doch es gibt diesen Menschen nicht. Der viel gescholtene Innenminister spürt in sich nicht die Regung, sich ihr zu stellen. Er beharrt weiter fröhlich darauf, es sei alles fast prima gelaufen in der letzten Woche. Schließlich sei für uns und unsre Polizei alles so neu und Polizisten samt Innenminister sind auch nur Menschen, die sich schon mal ein bißchen aus der Gefahrenzone begeben müssen, wenn sie müde und durchgeschwitzt sind. Der Minister stand unter der Dusche oder sonstwo, als in Lichtenhagen Vietnamesen, die man schlicht vergessen hatte, um ihr Leben fürchteten, als dem Mob das Schlachtfeld überlassen wurde. Der Innenminister und der Polizeichef brachten es fertig, der Presse mitzuteilen, sie hätten eines neuen Hemdes bedurft, als es darauf ankam, Menschen zu retten. Schuld? Nein, Schuld trifft die Herren nicht, oder doch kaum. Und mit Stolz wird nach einer Woche des Grauens als Sieg verkündet: "Keinem Asylanten und Ausländer sei auch nur ein Haar gekrümmt worden!"

Die Verantwortung kreiste auch um die Herren Kommunalpolitiker, die sich fein im Windschatten der Landespolitik zurückhielten in dem Drange, sich ihrer anzunehmen. Es deutet alles daraufhin, als habe man sich vielmehr in Rostock die Augen zugehalten, als das Schlimme zu verhindern. Im Gegenteil, es hatte sich angekündigt und die Asylanten fanden keine Herberge. Weil "sonst kommen immer mehr", so Rostocks Innensenator. Daß OB Killmann nicht vor Ort war, fiel dann schon gar keinem mehr auf. Ein Mann aus den Reihen der SPD, der Sprecher der Landtagsfraktion, beharrt auf Klärung und schon ist ein Nestbeschmutzer entdeckt.

Daß bei den Lichtenhägern die Lust gewachsen sei, die Verantwortung zu tragen, dürfen wir wohl getrost bezweifeln. Sicher, es waren nicht die Lichtenhäger, die Rostoker, die die Steine schmissen. Es gibt aber eine schweigende Mehrheit, die ein gewisses Verständnis für diese Aktion hatten. Wie sollte es auch anders sein.

Hier im Osten leben viele Menschen, die sich betrogen fühlen, denen Wut hochkommt, wenn sie entdecken, daß es ihnen immer noch nicht so gut geht wie denen im Westen. Sie fühlen sich betrogen, weil der große Kanzler ihnen versprochen hat, sie lebten bald in einem blühenden Land. Nun stellt sich wieder einmal heraus, Schlaraffenland ist nirgendwo.

Hinter uns liegen vierzig schlimme Jahre. Ein Blick zurück in Wehmut ist völlig unangebracht. Zorn über die Enttäuschungen sind allemal erlaubt, aber der Zorn geht an die falsche Adresse: Nicht die im Westen, schon gar nicht die Ausländer haben die Verantwortung für unsere Verluste, die Adresse sind erst einmal wir selber.

Wir haben die vierzig Jahre als DDR-Bürger funktioniert, ohne unsere stille Demut wäre die Diktatur nicht möglich gewesen. Dann haben wir es geschafft, die DDR abzustreifen wie einen alten, schmutzigen Mantel. Wir wollten das so. Sich jetzt unter seine schützende Wärme zurückzusehnen, heißt zurück hinter die Mauer, zurück unter die Stasi. Das alles ohne Reisepaß. Wer das möchte, bitte: Es gibt heute Möglichkeiten, seinen politischen Willen zu erklären und Mehrheiten zu suchen. Dann wird es vielleicht ein Reservat geben für Deutsche, die es nicht geschafft haben, Demokratie zu lernen und sie auszuhalten.

Wenn wir das Zurück nicht wollen, dann sollten wir nun anfangen, die Spielregeln zu lernen, die wir gewählt haben, wohlgemerkt: frei gewählt haben. Zu allererst muß gelernt werden, daß wir es sind, die die Verantwortung für unsere Entscheidungen tragen. Es ist niemand da, der das für uns erledigt. Zu den Regeln gehört, daß sich ein Volk seine politische Elite sucht, die in seinem Auftrag Politik gestaltet. Wenn die Elite diesen Auftrag nicht erfüllt, dann muß sie ihn zurückgeben.

In unserem Land, das wahrlich reich gesegnet ist an Problemen, ist die Klasse bislang nicht gefunden, wie sollte man sonst das jämmerliche Versagen der Landespolitiker anders einordnen. Es ist keine Entschuldigung, daß sich die Herren Politiker überfordert sahen. Es gibt keine Entschuldigung dafür, daß die Mehrheit des Landtages die Politik des Innenministers Kupfer billigt. Es ist aller Ehren wert, daß es einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß geben wird, mehr aber nicht. Neue Koalitionsverhandlungen wären besser. Wenn die Politik im Lande festgefahren ist, weil die knappe Mehrheit, koste es was es wolle, an der Macht festhält, dann spielen Politiker dem Mob in die Hände. Und beim nächsten Mal werden es noch mehr sein, die klatschend an der Straße stehen, wenn halbe Kinder die Wut der Erwachsenen herausschleudern.

Und - es ist ein reiner Zufall, daß keinem Ausländer ein Haar gekrümmt wurde. Es ist kein Zufall, daß das Feuer weiter schwelt. Wenn wir es nicht löschen können, dann hat Deutschland es nicht verdient, daß es ein zweites Mal die Chance für einen Neubeginn bekommen hat seit Ende des letzten Krieges.

Regine Marquardt



Und hinter dem Horizont?

Foto: Rainer Cordes

Bernd C. Hesslein

### Verschämtes Eingeständnis

Die publizistische Enthüllungsrage in den westdeutschen Medien arbeitet sich in ihrer selbst gestellten Aufgabe, der Bewältigung der DDR-Vergangenheit, etappenweise vor. An der Spitze DER SPIEGEL. Nach der von dem Stasiaktenverwalter Gauck kräftig munitionierten Kampagne gegen Manfred Stolpe und seine "Stabilisierung" des SED-Regimes, wird nun die gleiche Attacke mit dem Material aus den Archiven der Einheitspartei gegen die westdeutschen Sozialdemokraten gefahren. Mit mehr Wirkung, wie es scheint. Denn anders als der selbstbewußte ehemalige Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche Brandenburg, bekümmert sich die SPD, noch ehe die Unterstellungen bewiesen sind.

Eine gefährliche Situation für die Partei, die Opfer der Zwangsvereinigung wurde und noch heute dafür von den Wählern in der ehemaligen DDR bestraft wird. Wenn der unsinnige Vorwurf haften bleibt, Willy Brandt und Egon Bahr hätten mit dem "Wandel durch Annäherung" nicht die Trennung gemildert, sondern den Bestand der DDR über Gebühr verlängert, kann sie sich auf eine dauerhafte und einflußlose Rolle in der Opposition einrichten.

Die Stabilisierungslegende ist für die SPD nicht weniger gefährlich und nicht minder infam als der Vorwurf in der Weimarer Republik, Erfüllungspolitik gegenüber den Siegern betrieben zu haben.

## Eine Mauer um die Festung

Interview mit Justizminister Herbert Helmrich

**Hat der Rechtsstaat in Rostock eine Schlappe erlitten oder hat er obsiegt?**

Um darauf zu antworten, muß man den Rechtsstaat erst einmal definieren. Es ist das oberste Prinzip des Rechtsstaates: keine Strafe ohne Gesetz. Das Gesetz muß vorher dasein; der Straftäter muß nach rechtsstaatlichen Verfahren verfolgt werden.

Das hat zur Folge: In einem Rechtsstaat muß man mit jedem sehr vorsichtig umgehen. Man kann niemanden mal einfach so verhaften oder bei der Polizei festhalten. Der Festgenommene muß binnen 48 Stunden einem Haftrichter vorgeführt werden. Der muß dann entscheiden, ob er in Haft bleibt oder jubelt.

**Das wäre doch in Rostock möglich gewesen. Es gab das Gesetz, es kam zu Straftaten. Es kam zu relativ wenigen Festnahmen.**

In Rostock handelte es sich um Straßenschlachten. Um befriedigend vorzugehen, hätte es neben der Polizei und dem Grenzschutz einer zweiten Truppe bedurft, die gezielt verhaftet hätte. Es muß der Beweis erbracht werden, daß der konkrete Beschuldigte die konkrete Tat auch begangen hat. Das ist in der Situation nur äußerst schwer möglich.

**Gegen Bedingungen wie in Rostock ist der Rechtsstaat nicht gewappnet?**

Bei solchen Aufläufen ist es überall schwierig, die Fülle von Straftaten, die passieren, tatsächlich auch zu verfolgen. Wir haben 35 Leute aufgrund von Haftbefehlen einsitzen.

**Nun gab es ja in Rostock noch die Claqueure, sie haben Gewalt begünstigt, provoziert. Was macht der Rechtsstaat?**

Wenn eine Menschenmenge Beifall klatscht, ist das das eine. Nachzuweisen, daß das Klatschen des einen den andern zu einer Gewalttat angestiftet hat, ist das andere.

**Das ist schwer verständlich.**

Aber dann stellt man an den Rechtsstaat Ansprüche, die man einfach nicht stellen darf. Dann wäre er nämlich kein Rechtsstaat mehr, sondern einer, der aufräumt, dann muß die Polizei Putz machen und jeden verhaften, der an der Straße steht und jubelt.

**Aber es hat angestachelt...**

Das ganze ist nur als Massenhandlung wirksam. Solche Straftaten haben wir im Strafgesetzbuch nicht, es geht immer um die Einzeltat und den einzelnen Täter.

**Gut, nun gibt es ja auch noch die dritte Gruppe, nämlich die, die vor laufender Kamera posiert hat und ihre Genugtuung über die Straftaten geäußert hat. Ist derer auch nicht habhaft zu werden?**

Das wäre denkbar. Ich bin sicher, daß alle diese Fälle durchrecherchiert werden.

**Was hat denn nun jemand, der dies getan hat, vom Rechtsstaat erwarten?**

Der Rechtsstaat ist pingelig wie in den andern Fällen. Die öffentliche Meinung in dem Sinne "der war dabei" reicht dem Strafrichter nicht. Das ist eine Errungenschaft. Sonst stünde zur Wahl: Der Polizeistaat. Pauschale Verurteilungen gibt es nicht.

Das ist am Tage des Geschehens unerträglich, nur daraus den Schluß zu ziehen, daß Rechtsstaatsprinzip zu verlassen, davor ist zu warnen. Sicher können Verschärfungen im Demonstrationsrecht, in Fragen der Vorbeugehaftung gemacht werden. Man könnte die Personen in längeren Gewahrsam nehmen als 48 Stunden. Letzteres lasse ich zur Zeit prüfen.

**Kaum waren die ersten Steine in Rostock geworfen, kam die Forde-**

**rung der Änderung des Asylrechts mit Vehemenz auf die Tagesordnung.**

Ich plädiere für die Änderung des Asylrechtes schon sein 15 Jahren.

**Was wird anders, wenn der Artikel 16 GG geändert wird?**

Die Berechtigung, aus politischen, rassischen, ethnischen Gründen bei uns Asyl zu erhalten, wird nicht verändert werden. Menschen, die aus anderen Gründen Asyl beantragen, werden abgewiesen werden.

**Nun sind aber gerade die Sinti und Roma, die der Anlaß für die Krawalle waren, ein Volk, das verfolgt wird. Sie müßten also Asyl erhalten.**

Das muß man prüfen, ob die verfolgt werden. Wenn diese Gruppe verfolgt sein sollte, hätte sie Anspruch auf Asyl. Ich habe da aber Zweifel.

**Wir werden wahrscheinlich mit noch viel mehr Menschen leben müssen, die in unser Land kommen, egal ob der Artikel geändert wird.**

Die Frage ist, wie weit wir uns dagegen zur Wehr setzen können und wollen.

Fortsetzung auf Seite 2

Politik

Randbemerkung

Klammheimliche Zustimmung

Nun endlich ist er aus seiner Bierruhe erwacht, der Kanzler der deutschen Einheit. Eine Schande für Deutschland nennt er zu Recht die jüngsten Ausländer-Pogrome in den neuen Bundesländern. Doch die Verurteilung des dumpfen deutschen Nationalismus aus seinem Mund kommt recht spät und wie stets mit gespaltener Zunge. Dem Ausdruck der Empörung fügt er sogleich ein Zeichen des Verständnisses für den Ausbruch der Gewalt bei.

Helmut Kohl hat immer wieder deutsch-nationalen Ressentiments Auftrieb gegeben. In Jerusalem, als er in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Washem mit einem desinteressierten „Das kenn ich schon“ an den KZ-Dokumenten vorbeiging. In Bitburg, als er auf dem Soldatenfriedhof US-Präsident Ronald Reagan zu einer Ehrenbekundung zwang, die auch die dort begrabenen SS-Männer mit einbeziehen mußte. In München schließlich, als er sich wütend Kritik an seinem Treffen mit Kurt Waldheim verbat, dem wegen seiner Wehrmachtvergangenheit international diskreditierten Präsidenten Österreichs.

Der Kanzler hat mit all solchen Gesten gegenüber den wachsenden rechtskonservativen Gruppierungen in Deutschland den Ton angebeugt. Sowohl aus eigener Überzeugung wie aus politischem Kalkül. Ihm verschließt sich daher, trotz Empörung über das Geschehen, die von Richard von Weizsäcker geäußerte Erkenntnis, daß die Brandnächte in Rostock ein „ernstes und böses Zeichen an der Wand“ sind.

Denn es geht ja nicht darum, wie der Bundeskanzler meint, daß man nun mehr für die Jugend tun müsse; gegen ihre dauerhafte Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Auch das. Aber es ist selbstverständlich und darf doch nicht, wie von Politikern aller Couleur getan, als entschuldigende Erklärung für die mordbeizende Gush und das beifallspendende Zuschauen der Bürger benutzt werden.

Die Ursachen haben eine lange Wurzel und sie sind ausschließlich bei uns zu suchen. Denn das wirkliche Beschämende ist, daß wir zusehen haben und die Mordlust des gesunden Volksempfindens geduldet haben. Wieder einmal, wie vor sechzig Jahren, als unter den Augen unserer Großeltern Menschen, die auch Nachbarn waren, abgeholt, durch die Straßen geführt und „zu ihrem eigenen Schutz“ in Lager gesperrt wurden. Dieses eigene Versagen können wir nicht mit den Fehlern der Polizei hinwegklären oder mit dem Hinweis auf die Unentslossenheit und Feigheit führender Politiker - „die doch auch!“ - entschuldigen.

Daß nach Hitler und Auschwitz der Ausländer- und Rassenhaß von den politischen Eliten in Deutschland schon wieder als eine bedauerliche, doch verständliche Reaktion des Volkes auf gesellschaftliche Konflikte verharmlost werden kann, ist skandalös. Doch es schmälert nicht unsere eigene Verantwortung. Warum haben wir uns einreden lassen, daß Deutschland kein Einwandererland ist und zugleich Millionen von Gastarbeitern geholt? Sie haben die Arbeiten getan, die wir nicht mehr machen wollten, doch sie blieben außerhalb unseres Bereiches der Wahrnehmung und der Anteilnahme.

Warum haben wir nicht für das kommunale Wahlrecht der hier in Deutschland ständig arbeitenden und lebenden Ausländer demonstriert? Gegen unsere deutschmehlenden Politiker, die die Gerichte anriefen, um dieses Mittel der Integration verbieten zu lassen.

Warum auch nehmen wir hin, daß von den Regierungsparteien der kostbare Grundgesetz-Artikel 16, der das Menschenrecht auf politisches Asyl gewährt, verwässert wird, nur weil die Behörden unfähig sind, ihn richtig anzuwenden, um den Mißbrauch einzudämmen? Oder auch, weil wir dem Köhlerglauben anhängen, das Boot sei voll.

Wehret den Anfängen? Wir sind schon mittendrin!

Bernd C. Hesslein

Politik - Balance des Machbaren

Immer soll alles besser werden als es gerade ist. Die Politik und die Politiker sollen das herbeiführen. Wenn sie es nicht zustandebringen, weden sie beschimpft, verachtet und als egoistisch denunziert. Der kaum zu befriedigende Glaube an das Reich des unendlichen Guten legitimiert jeden Protest, den Widerstand und die Rebellion.

Die romantische Vorstellung einer wohlgeordneten guten Welt hat heute, anders als je zuvor in der Geschichte der Zivilisation, reaktionäre und bloß destruktive Züge angenommen. Denn die Geschichte der politischen Systeme scheint tatsächlich an einem Ende angelangt zu sein. Zu den Menschenrechten, der repräsentativen Demokratie und einer privatwirtschaftlich organisierten Produktionsweise gibt es keine Alternative mehr.

Diese drei Systembedingungen gehören zum Grundbestand zivilisierten menschlichen Existierens. Sie bilden so etwas wie einen naturrechtlichen Grundkanon politischen Denkens und Handelns aller heutigen und zukünftigen Gesellschaften.

Nimmt man eine solche These ernst, dann muß Politik, politisches Handeln neu definiert werden. Poli-

itik muß den Grundkanon vor allem gegen seine irrationale oder fundamentalistische Bedrohung verteidigen. Verteidige mit allen Konsequenzen, nicht nur militärisch, sondern auch durch das strikte Bestehen auf der inhaltlichen Neutralität der politischen Verfahren, das Befestigen des staatlichen Gewaltmonopols und eine Reformelastizität, die auf die technische Revolution selbstkritisch und kreativ reagieren läßt. Wer gestern für die Freiheit auf den Barrikaden gestanden hat, muß heute in den Institutionen für die Freiheit jeden revolutionären Traum durch politische Entscheidungen im Alltag entzaubern. Er muß die Freiheit managen, rationale Optionen und Entwicklungsrisiken abwägen, entscheidungsstark Interessenkonflikte ausgleichen, weil es grundsätzliche Alternativen nicht mehr gibt. Zusätzlich muß er unter allen Umständen auch noch das Unterhaltungsbedürfnis der Öffentlichkeit befriedigen.

Eine schwierige, kaum lösbare Aufgabe scheint das zu sein. Um so mehr als heute das Individuum, jeder einzelne Bürger in der Gesellschaft keinen verbindlichen Halt mehr bei Ideen, Ideologien und Parteien findet.

Jeder muß für sich selbst entscheiden, seine Interessen formulieren und sich dafür organisieren. Sonst läuft er Gefahr, vergessen, ignoriert und ausgegrenzt zu werden. Diese schöne neue Welt der Freiheit als ewig unbefriedigendes Leistenmüssen verunsichert viele Menschen und intensiviert den Druck auf die Politik. Eine freiheitliche Gesellschaft kann eine gerechte Gesellschaft sein. Ihr wichtigstes Defizit bleibt ihre soziale Kälte. Sie kann gemildert werden, aufzuheben ist sie nicht.

Die Parteien herkömmlichen Typs, die SPD als Klassenpartei und die CDU als religiös begründete Volkspartei sind darauf kaum vorbereitet. Sie wirken dilettantisch. Dennoch sind sie in Wahrheit weit besser als ihr Ruf. Sie sind der einzige Ort in der gegenwärtigen republikanischen Gesellschaft, an dem der Gemeinwille politisch formuliert und durchsetzungsfähig gemacht wird.

Wer immer wieder die Parteien wegen durchaus beklagenswerter Defizite in ihrer politischen institutionellen Rolle zum Teufel wünscht, der greift den Systemzusammenhang insgesamt an. Daraus folgt kein Kritikverbot, vielmehr ein eigenes

Handlungsgebot für Politik.

So paradox es erscheint, heute gilt mehr als je zuvor, daß alle diejenigen, für die das Politische die Lebensherausforderung ist, auf die beiden großen Parteien verwiesen sind. CDU und SPD allein verkörpern das handlungsfähige Politische in der neuen Bundesrepublik. Grüne, FDP und neue Rechte sind reine populistische Stimmungsparteien oder machtpolitische Interessengruppen, für Reformen, die heute notwendig sind, sind sie jeweils unbrauchbar.

Engholm scheint das mit den Petersberger Beschlüssen endlich realisiert zu haben. Sie signalisieren keinen Umfall der SPD. Sie sind der Versuch, die SPD aus der Umklammerung des angegrünten und links-müffigen Milieus der Lehrer und Angestellten wieder herauszulösen und handlungsfähig zu machen.

Wenn ihm das gelingt, sind die Zeichen für eine große Koalition nach der nächsten Bundestagswahl gestellt. Für uns alle ist Engholm dazu aller Erfolg zu wünschen. Denn für die anstehenden grundsätzlichen Entscheidungen braucht es handlungsfähige Mehrheiten, die sich mehr zutrauen, als die Bürger ihnen zutrauen.

Simon Feindstein

Links und rechts vereint?

Wie die Landesregierung eine Lüge zur Wahrheit verholten hat ...

In seiner Erklärung zum Rostocker Pogrom vor dem Rostocker Landtag hat der mecklenburg-vorpommersche Innenminister in der vorvergangenen Woche Linksextrême, Rechts- und links-extreme gemeinam seien in Lichtenhagen am Werk gewesen. Wie mag er das wohl gemeint haben? fragten sich viele. Ganz einfach: Der Minister hat sich die Wahrheit zu seiner Lüge vor Ort probat zurecht-drechseln lassen. Wie das?

Am Abend nach dem ersten Lichtenhäger Krawalltag waren etwa hundertfünfzig Rostockerinnen und Rostocker zum Ort des grausigen Geschehens gekommen, die gewiß in nicht viel mehr eingewesen sind als darin, daß wütenden Mob ihren Protest entgegenzusetzen zu wollen: Jungsozialisten, Friedensbewegte, Grünen-Anhänger, Autonome. Angesichts der lodernen Gewalt, gegen die sie sich machtlos sahen, taten sie das sehr am Rande und entsprechend zaghaft. Zur Konfrontation mit wem auch immer kam es - ausweischend des in dieser Hinsicht immerhin eindeutigen Polizeiberichts - zu keinem Zeitpunkt.

Gegen Mitternacht entschlossen sich die meisten der Gegendemonstranten zur Rückfahrt nach Rostock. Als sie auf dem nahen Parkplatz in ihre Autos steigen wollten, sahen sie sich mit einmal von einer Einheit der Hamburger Bereitschaftspolizei umringt: Personenüberprüfung, Leibesvisitation, Fahrzeugkontrollen.

Doch damit nicht genug: Siebzehn der so Arretierten wurden ohne Angabe von Gründen in Polizeigewahrsam genommen, - in die Wanne, Transport zum Polizeipräsidium. Und auf daß das Motto „Pack schlägt sich“ Pack vertritt sich“ auch ja nicht bitter, weil vollständig zumhaften Ende exerzieren, steckten die Rostocker Polizei die eben überraschten wie spätestens dann angestarteten „Linksradikalen“ in einen Raum mit einer festgenommener rechter Randartier. So mußten sie unter steter Gewaltandrohung und Begleitung von gelegentlichen Prügeleien die Nacht verbringen.

Bis um 5.30 Uhr, da wurden sie wieder freigelassen, - ohne Angabe von Gründen, genauso wie bei ihrer Festnahme.

Interview: R. Marquardt

Eine Mauer um die Festung

Fortsetzung von Seite 1



Herbert Helmrich, seit März 92 Minister für Justiz in M-V

Wie weit wollen wir das denn tun nach Ihrer Meinung?

Ich bin da relativ restriktiv. Wir müssen den Versuch machen, mit unseren Ressourcen, mit unserem Reichtum sparsam umzugehen, damit wir draußen richtig helfen können. Die massenweise Aufnahme kann nur zur einer inländischen Destabilisation führen. Dann können wir niemandem helfen.

Wir müssen diejenigen davon abhalten nach Deutschland zu kommen, weil sie bei uns mehr Sozialhilfe oder Arbeitslosenunterstützung bekommen als wenn sie in ihren Heimatländern Tag und Nacht arbeiten.

Also eine Mauer ziehen, die Festung dicht machen?

Ja. Es geht gar nicht anders. Al-

les andere sind Traumtänzereien. Es geht nicht. Natürlich können wir noch viele aufnehmen, bei Einschränkung der Verhältnisse können sie die auch noch füttern, aber was wäre damit geholfen? Es wäre ein Tropfen auf den heißen Stein.

Was also tun, um zu erreichen, daß es den Elenden dieser Welt besser geht? Kann Deutschland sich eigentlich den Wohlstandstrip weiter gönnen?

Es muß, wenn es helfen will. Das Elend ist schrecklich, ich möchte gerne helfen, aber flächen-deckend können wir das nicht. Wir müssen abgestufte Wohlstandsverhältnisse schaffen. Wir müssen zusehen, daß wir Polen, die Tschechoslowakei, das Umland von Österreich hochbringen.

Als Bollwerk für die Festung...

Nicht als Bollwerk, die müssen ihrerseits wieder arbeiten. Es braucht ein Stufengefälle. Was uns überschweben wird, geht bis in die Türkei. Die Menschen aus weiter entfernten Ländern kommen seltener, in der Regel nur durch besondere Aktionen, die wir dann auch noch einleiten, wie zum Beispiel die Vietnamesen.

Aber müssen wir nicht ernsthaft anfangen, den Reichtum zu teilen? Können wir uns eine Agrarpolitik leisten, die Produkte hochsubventioniert, können wir uns erlauben, das deutsche Vieh mit Billigstimpfportgetreide zu füttern etc. etc.?

Landfriedensbruch und Volksverhetzung

Wer die Rostocker Krawalle und die recht unglücklich agierende Polizei gesehen hat, stellt sich natürlich die Frage, ob die Justiz ähnlich harmlos mit den Verhafteten umspringt.

Dazu muß man sich zunächst einmal einen Überblick verschaffen, welche Straftatbestände im Zuge der Randalie verwirklicht wurden.

Da dürfte zunächst regelmäßig ein Fall von Landfriedensbruch vorliegen. Dieser in § 125 StGB geregelte Straftatbestand ist erfüllt, wenn aus einer Menschenmengen Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen begangen werden. Täter sind die Gewalttäter selbst oder diejenigen, die deren Bereitschaft dazu gefördert haben. Dabei gingen einzelne Staatsanwälte und Gerichte in Verfahren gegen zumeist linksgerichtete Beschuldigte bereits soweit, die bloße Anwesenheit in einer Demonstration als Förderung anzusehen.

Man wird abwarten müssen, ob die Gerichte gegenüber den Rechtsradikalen ähnliche Geschütze auffahren.

In vielen Fällen dürfte sogar ein besonders schwerer Fall eines Landfriedensbruches vorliegen, weil die Täter Waffen mit sich

führten. Unter Waffen ist dabei jeder Gegenstand zu verstehen, der die Gefährdung durch eine Gewalttat erhöht, mithin jedes gefährliche Werkzeug, nicht jedoch die Spielzeugpistole.

Von Rechts wegen

Schwerer Landfriedensbruch läßt aber auch dann vor, wenn der Täter bei den Opfern Todesgefahr bewirkt oder im Zusammenhang mit den Ausschreitungen plündernd oder bedeutenden Sachschaden anrichtet.

Außerdem haben die meisten Ausländerhasser den Tatbestand einer Volksverhetzung erfüllt, nämlich die Menschenwürde anderer dadurch angegriffen, daß sie zum Haß und zur Gewalt gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt und aufgefordert und diesen Teil der Bevölkerung beschimpft haben.

Und diese Schutzvorschrift gilt nicht nur für „deutsche Volksgenossen“, sondern auch und gerade für ausländische Mitbürger und

selbstverständlich auch für Asylbewerber, soweit sie in der Bundesrepublik leben. Geschützt wird zum einen der innere Frieden, aber auch und besonders die Menschenwürde des einzelnen Mitmenschen, deren Schutz ja gemäß Artikel 1 Abs. 3 des Grundgesetzes Maßstab jeglichen staatlichen Handelns ist.

Der interessierte Laie hat vielleicht schon einmal von dem Straftatbestand Aufstachelung zum Rassenhaß (§ 131 StGB) gehört. Diese Vorschrift trifft im vorliegenden Fall aber nur eine kleine Minderheit, die nämlich den Rassenhaß in irgendeiner publizistischen Form unter die Leute gebracht hat. Der Rassenhaß in die Tat umgesetzt, wird von dieser Straftat nicht erfaßt.

Schließlich kommen natürlich noch die anderen Gewaltdelikte in Betracht, die nicht durch die speziellen Vorschriften Landfriedensbruch und Volksverhetzung abgedeckt werden, wie z.B. Totschlag, schwere und gefährliche Körperverletzung, Brandstiftung u.ä..

Und die Bordsteinstrategen, die Gaffer mit dem schadenfrohen Grinsen und den anfeuernden Rufen?

Außer der Hochachtung ihrer

Das kommt noch.

Es gibt aber etliche Unternehmen, die morgens von den Asylantenheimen illegale Arbeiter abholen, da wäre der Hebel des Rechtsstaates.

Es wird bald soweit sein, daß Ausländer Arbeiten verrichten, die die Deutschen nicht wollen.

Und daran sind die Ausländer Schuld? Ist das nicht Zynismus? Da sind dann unsere Arbeitslosen zynisch, oder wie?

Das ist eine Facette, für unser Land ist sie nicht aktuell. Aber es geht weder um die Arbeitslosen, die nicht Müllmänner werden wollen noch um die fünf Milliarden, es geht um einen Neuanfang in unserem Denken.

Ich glaube schon, daß das Aufrechterhalten von Stabilität eine Aufgabe der westlichen Demokratien ist. Kläglich genug betreiben wir es bisher. Aber Ansätze sind da. Denken Sie an den Irak, auch an Jugoslawien, auch an Afrika. Das ist unsere Aufgabe. Dann gibt es noch die Welthungerhilfe, das ist alles noch unbefriedigend, aber das ist der einzige Weg. Die Vorstellung, Glück und ausreichend zu essen heute und jetzt, halte ich für nicht machbar und das ist nicht zynisch. Die Industrienationen, die nur circa 10% der Weltbevölkerung stellen, würden sich mit einer so gestellten Aufgabe überfordern.

Mitbürger haben auch sie - jedenfalls grundsätzlich - strafrechtliche Verfolgung zu erwarten.

Auch sie haben die Gewalttaten aus der Randalierermenge gefördert, die dumme Eitelkeit rassistisch verkeilter Jugendlicher ausgenutzt für ihre Gewaltgeilheit. Der eigene brennende Wagen mag schon schmerzen. Aber die Anzeige wegen Landfriedensbruch wäre durchaus durchsetzbar.

Und außerdem ist ja dort immer noch die staatliche Förderung nach Solidarität mit Mitmenschen in Gefahr, die unterlassene Hilfeleistung unter Strafe stellt (§ 323 c StGB).

Strafrecht als Lösungsmodell für gesellschaftliche Konflikte? Diesem Ansatz sei auf keinen Fall das Wort geredet. Die Ursachen für die Krawalle sind objektiv vorhanden, auch wenn die Reaktion der Rassen zynisch und menschenverachtend ist. Diese Ursachen gilt es zu erforschen und auszukurieren. Die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft, und damit letztlich jedermann, kämen zu litzlich davon, wenn diese Arbeit auf Polizei und Justiz abgewälzt würde, die darüber hinaus maßlos überfordert sein dürften.

Uwe Jahn, Rechtsanwalt

Impressum:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation veröffentlicht unter der Lizenznummer 76, ISSN 0863-369 X, Register-Nummer 309

Herausgeberin und Chefredakteurin: Regine Marquardt

Redaktion: Politik: Regine Marquardt Kultur: Wolfram Pilz Redaktionsassistentin: Anke Sendrowski

Ständige Autoren: Mecklenburger Verlag GmbH Puschkinstraße 19 2750 Schwerin, Telefon 8 33 88

Verlagsleitung: Hans-Ulrich Gienke Anzeigen: Reiner Prinzer

Satz: Gabriele Endröß

Anzeigen-Satz: EDV-Satzstudio D. Roggenberg Fegattenstraße 61, 2400 Lübeck 1

Druck: L.N.-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Thema

# Ein bißchen Graus, ein bißchen Saus

Rostock-Lichtenhagen am Montag, 24. August 1992

Rostock-Lichtenhagen, vor der Zentralen Aufnahme- und Asylbewerbermehrwahl am Montag, nach der zweiten Krawall-Nacht und am Vorabend der - bei weitem schlimmsten - dritten: Die Bürger der Trabanten-Stadt sind wieder da. Sehen und gesehen werden ist angesagt, Dabeisein ist alles. Man hat erst mal ausgeschlafen nach all den nächtlichen Sensationen, jetzt, um frühen Nachmittag, kommt man mit Kind und Kegel wieder vor das Haus Mecklenburger Straße 18, dessen Scheiben grobenteils geplatzt sind und dessen Fassaden mit Farbteufeln beworfen sind, zu einer Art überdimensionalen Presse- und Foto-Termin. Man ist gefragt und freut sich drum. Gegen später nimmt der Zustrom zu, - die arbeitende Bevölkerung kehrt heim, stärkt sich noch rasch am Würstchen-Stand oder schleckt ein Eis, erledigt die nötigen Einkäufe und ist dann zur Stelle.

**„Ich weiß gar nicht, wieso man dieses Pack noch reinläßt, ich hab' mit solchen Leuten noch nie gesprochen, die können ja noch nicht mal deutsch. Die sind hier, weil sie hier besser leben wollen, die wollen nicht arbeiten, die wollen umsonst Geld kriegen. Ich toleriere in jeder Beziehung, was hier gestern passiert ist.“**

**H. N. Schmidt, 49 Jahre, Elektromaschinenbauer aus Groß-Klein**

Die Zahl der angerückten Fernseh-Teams und Journalisten ist Legion, und keiner hat hier Probleme, jede Menge Originalton aufzunehmen. Die Menge quillt über vor Mitteilungsbefürnis, hier kann jeder, der ein Mikrofon in der Hand hält und einen Fotoapparat gezückt hat, jeden fragen, die Antworten kommen prompt und gleichen sich: „Die (‘Die’) sind immer die Roma im und vor dem Asylheim (Asylheim) fressen die Katzen“; „die sind unnorm“; „als wir die andere Zeit noch hatten, war's hier leer und sauber“; „alle Ausländer sollen raus“; „Die betteln uns an, und nachher steigen sie in ihren Mercedes und fahren weg“; „Die schleppen die Möbel und Matratzen aus dem Fenster, alles von unserem Geld“; „Wir Ossi sind nicht alle gegen die Ausländer, aber die meisten schon“; „Die kacken hier alle Büsche voll, und dann woll'n die noch Freundschaft mit uns“; „So hungern die Senegalesen mit den kleinen, dünnen

**„Die müssen hier unbedingt weg, weil wir hier Schwierigkeiten haben. Wir kriegen keine Wohnung und andere, die nicht aus unserem Land sind, kommen hierher und kriegen gleich eine Wohnung und brauchen dafür noch nicht mal zu bezahlen, und dann machen sie auch noch solche Schweinereien hier auf der Straße. Die halten ihre Kinder aus dem Fenster, damit die ihr Geschäft machen, und unsere Kinder müssen darunter leiden.“**

**Anita Helms, 28 Jahre, Köchin, arbeitslos, aus Lichtenhagen**

Beinchen, die würden wir aufnehmen, aber die da, - nee“; „Alles Schieber und Drogenhändler“; „Wir haben hart gearbeitet für das, was wir haben, und jetzt kriegen die die modernen Wohnungen und nehmen uns die Arbeitsplätze weg“; „Es war höchste Zeit, daß die Jungens das selbst in die Hand genommen haben“; „Heute Abend bin ich wieder dabei“; Und schließlich die klare Botschaft: „Das wird noch viel schlimmer, und da sind die selber schuld dran“.

Wir kommen kaum zum Fragen, so eifrig wird geantwortet. Das ganze Viertel scheint eine Art Generationenvertrag geschlossen zu haben. Vertragsinhalt ist die Ver-

treibung des Abschaums der Menschheit aus dem vordem so idyllischen Lichtenhagen. Viele haben Bierdosen in der Hand, aus denen sie sich immer mal wieder einen guten Schluck genehmigen. Viele Zuschauer beim großen Saubermachen. Sind wir bei der Abschlußparty des mecklenburgischen Hausmeister-Kongresses, kurz vor'm Feuerwerk? Bierkästen aus der nahen Kaufhalle werden herangeschleppt, damit man später was hat, was man trinken und worauf man sich niedersetzen kann. Die aufgekratzte Stimmung kontrastiert merkwürdig mit den stereotypen Sprüchen von der großen Bedrängnis der Lichtenhäger Anwohnerschaft.

Wir laufen von Grüppchen zu Grüppchen und finden den ganzen Nachmittag über gerade einen älteren Mann, der uns vorsichtig zu verstehen gibt, mit den Krawallen nicht völlig einverstanden zu sein: „Aber wenn man was sagt, ist man ja schon gleich als Kommunist abgestempelt“, fügt er raunend hinzu. Und dann stimmt auch er den Klagegesang an vom benachteiligten, armen Osten, dem man alles versprochen habe, „und jetzt das“. Immer wieder kommt die Sprache auf „das“ (weite Geste in die umgebende Trabanten-Silhouette) und auf „die“ (erhobener Zeigefinger in Richtung auf die Hausnummer Achtzehn des monströsen Hochhaus-Riegels an der Mecklenburger Straße). Eine Handvoll Skinheads taucht auf und ist sogleich von einer kleinen Menschenmenge umringt: Drei Polizisten lassen sich die Personalausweise der Glatzen zeigen, - hier ist was los, alles gafft, die Skins sind's zufrieden und grinsen in die Runde. „Leute, ganz normale Personalkontrolle, alles in Ordnung“, ruft einer der Uniformierten im Kampfanzug, „ruhig weitergehen, bitte“. Und die Skins gehen nicht, sie schreiten weiter



Unter deutschen Dächern

ihres Wegs auf ihrer nachmittäglichen Vorinspektion des abendlichen Schlachtfelds. Wo sie vorüberkommen, nimmt der Geräuschpegel der Gespräche ab, man raunt sich zu: „Da kommen sie wieder“. Ein bißchen Graus, ein bißchen Saus, - nackenkribbelnde Distanz und ebensolche Bewunderung mischen sich auf's annehmlichste

zum gesamten Einklang mit dem laufenden vorörtlichen Weltgeschehen.

Endlich einmal alles sagen können! Und alle sagen alles, und es ist fürchterlich: Ein älterer Mann erzählt vom Krieg, in dem er „auch“ gewesen und in dem er „auch“ vertrieben worden sei. „Uns ist's vierzig Jahre schlecht

gegangen, jetzt sind mal andere dran“ ruft einer aus der zweiten Reihe. Eine Großmutter (mit Enkeltochter an der einen, die Einkaufstasche in der anderen Hand) ruft mit hoher Stimme aus, sie wolle jetzt eine „Bürgerinitiative“ gründen; „jetzt machen wir's selber!“ schreit sie, und auch sie deutet dabei auf den Hochhaus-Riegel mit den eingeschlagenen Fenstern. Pritschelnder Beifall der älteren Herrschaften. Sehr junge Jugendliche in flotten Freizeit-Klamotten, die in der Nähe an ihre Fahrräder gelehnt beismannstehen, mustern die Szene mit gleichwohl beifälliger Ironie. Wie zur Tanzstunde aufgedonnerte, vielleicht vierzehn, fünfzehnjährige Schicksen, sozusagen die Groupies des großen Lichtenhäger Stimmbruchs, gickeln dazu und tuscheln und fassen sich prüfend an die Frisur. Die Kinder an der Macht! Wir schauen in glatte, nette, leere Gesichter, kalt der Blick, gerötet die Augen, man hat schon was getrunken. Unaufhörlich laufen die Fernsehkameras.

Vor der Tür zur Zentralen Aufnahme- und Asylbewerbermehrwahl (ZAST) lagern etwa fünfzig Roma aus Rumänien („zu gut deutsch Zigeuner“, wie Tage später der gute Deutsche und Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Eckhardt Rehberg im Schweringer Landtag tönen wird), Frischgebackene, die seit dem Vortag vergebens Einlaß begehren. Roma-Frauen liegen ermattet auf dem Bordstein, ihre in Decken gewickelten Kleinkinder im Arm, Roma-Männer stehen beisammen und trinken Bier aus Dosen, a n g e w i d e r t beugt von deutschen Männern, die gleichfalls Bier aus Dosen trinken. „Die klauen das alles in der Kaufhalle und verrichten ihre Notdurft zwischen den Regalen“, raunt mir ein kleingewachsener junger Mensch zu, der uns als eine Art Fremdenfüh-

rer umschweift, seit wir ihn unvorsichtigerweise nach seiner Meinung gefragt haben. Er ist der Intellektuelle unter den Gaffern; er fühlt sich berufen, die vorherrschende zum Himmel stinkende saubere Stimmung von Pogrom und Osterspaziergang mit seinem elaborierten Code zu parfümieren. Der Kerl macht mich leise mit den Gegebenheiten des Balkan vertraut: „Ceausescu gibt's nicht mehr, Rumänien ist ein demokratisches Land“. Und in weichen Worten gesteht er „den Zigeunern“ zu, das sei eben „eine andere Kultur“, der sie angehört. Um dann, erwartungsgemäß, anzufügen: „Die Lebensart ist eben anders, die pissen und scheißen hier in die Anlagen“. Und er resümiert: „Das sind Wirtschaftsflüchtlinge, Wir können aber hier nicht die gesamte Dritte Welt aufnehmen. Die Leute hier haben Angst, ein Messer zwischen die Rippen zu bekommen“.

**„Wenn ich ein paar Jahre jünger gewesen wäre, hätte ich auch einen Stein genommen. Die verschandeln unsere Anlagen. Ein Schweinestall sieht besser aus. Wenn das heut' Abend weitergeht, bin ich auch wieder dabei. Leider wurde gestern das falsche Haus angegriffen, da wohnen nur Vietnamesen, die von uns als Ausländer nicht so gehaßt werden; die sind still und leise und passen sich unserer Lebensweise an. Die anderen sind wohl schon alle evakuiert worden. Wenn da gestern noch welche drin gewesen wären, denen wäre es schlecht ergangen.“**

**Heidrun Möller, 49 Jahre, kaufmännische Angestellte, aus Lichtenhagen**

Das sei schon vorgekommen. Aus grauen Gesichtern, ein bißchen verlegen und ein bißchen ängstlich mustert „die gesamte Dritte Welt“ in Gestalt von vielleicht vier Roma-Familien aus dem europäischen Land Rumänien die Umstehenden. Unterdessen steigt der Stimmungs-Pegel des zivilisierten Lichtenhäger Mitteleuropas im selben Maß wie der Umsatz des Bier- und Imbißstands „Happi-happi bei Api“ vor der Straßen-Front des Asylbewerber-Heims. Die Fußgängerbrücke über die Schnellstraße nach Warnemünde ist schwarz von zuströmenden Menschenmassen. Aus den oberen Etagen des Hochhauses mit der grellen Blumen-Bemalung an der Stirnseite lugen „die Ausländer“.

„Wo sind eigentlich die Politiker?“ ruft ein Angetrunkenen. Und richtig: Wo sind sie? „Der Staat“ ist in Lichtenhagen am Montagabend um siebzehn Uhr mit schätzungs-

**„Ich habe große Angst gehabt, ich möchte irgendwohin, nur nicht hierbleiben. Ich war zuerst drei Tage in Köln. Die Leute dort waren sehr gut zu mir. Ich habe dort Asylantrag gestellt, dann bin ich hierher geschickt worden. Ich komme direkt aus dem Kriegsgebiet, jetzt ist hier wieder Krieg.“**

**Kriegsflüchtling aus Bosnien-Herzegowina, Name der Redaktion bekannt, Bewohner des Asylbewerberheimes**

weise dreißig Hamburger Polizeibeamten vertreten und muckst sich ansonsten nur über den Rundfunk und das Fernsehen, woselbst Vertreter nahezu aller Parteien die Notwendigkeit einer baldigen Grundgesetz-Änderung beschwören. Der Hubschrauber mit dem Bundesinnenminister an Bord ist fünfzehn Kilometer entfernt gelandet, die Herren halten im Rostocker Rathaus Pressekonferenz und ziehen vor Sorge um die „Befindlichkeit“ der Täter und ihrer Claqueure die Stirne kraus. Die Jagd ist auf, die Feier kann beginnen.

Michael Will

## Die Stunde des Rundfunks ...

Wenn jemand während der Rostocker Krawall-Tage schon immer alles vorher wußte, dann war's der norddeutsche Rundfunk-Hörer. Denn wo sonst allenfalls mit Stau-Prognosen über das hinaus berichtet wird, was schon passiert ist, gab es vom Schauplatz Rostock-Lichtenhagen seit den ersten Übergriffen auf das Asyl-Heim die Realisierung des Prinzips der übelwollenden Vornahme zu bestaunen: Mehrfach stündlich wurde in den „kritischen Phasen“ zu den Live-Reportern an der Mecklenburger Straße geschaltet, die immer dann, wenn nicht genügend los war, zu berichten wußten, die Lage sei „noch“ relativ ruhig, doch

gleichwohl „gespannt“. Die Ruhe sei eine wie „vor dem Sturm“. Die gewaltbereite Masse Mensch, die sich bereits eingefunden habe, so hieß es wiederholt, warte nur noch auf weiteren Zuzug von Mittätern und Sympathisanten. Das wird die Wirkung auf all jene, die noch eine halbamtliche Einladung zum Mitmachen brauchten, gewiß nicht verfehlt haben. Den Höhepunkt dieser Krokodilstränen-Kampagne gab's dann am vergangenen Donnerstag zu bestaunen: Volle zwei Tage vor der für den Samstag angesetzten Protestdemonstration gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus brachte der Norddeutsche

Rundfunk den gesamten späteren Nachmittag über und bis in den Abend hinein als Top-Meldung der stündlichen Nachrichten die unheilverkündende Mitteilung, Rostock stehe vor den schlimmsten Krawallen und Ausschreitungen seiner jüngeren Geschichte, das gewaltsame Aufeinandertreffen von Rechts- und Linksradi-kalen sei förmlich programmiert. Zu allen, die in diesen Tagen skandalös und vielfach wohl in voller Absicht versagt haben, gesellt sich eine Medien-Berichterstattung, die ihre Sensations-Chance gewittert hat, statt ihre Aufgabe wahrzunehmen. f. m.

# Tödlich ist das Zigeunerleben

Zigeuner sind eben Zigeuner. Wenn man sie reinläßt in die gute Stube Deutschland, ist's mit „Ruhe und Frieden“ vorbei. Wo sie auftreten, so auch die offiziöse Meinung der Landes-CDU, werden sie gleich kriminell, stehlen und marodieren. Das Feindbild stimmt: So sehen Asylbetrüger aus. Kein Vorurteil ist zu dümmlich, keine Verallgemeinerung zu bössartig, keine Herabwürdigung zu infam, sie nicht bedenkenlos gegen die Angehörigen des Volkes der Sinti und Roma zu wenden. Die ordentlichen Bürger überall in unserem Land können sich der Billigung der Repräsentanten des Staates sicher sein, wenn sie „die Zigeuner“ zu diebischen Schmarotzern stempeln und dem lautstarken Ausdruck geben. Jagdszenen in Deutschland.

Die Wirklichkeit ist das grausame Kontrast-Programm zum staatlich subventionierten „Volksempfinden“: Die Roma sind in den Ländern des Balkan, vor allem in Rumänien und den Staaten Ex-Jugoslawiens, eine buchstäblich zum Abschuß freigegebene ethnische Minderheit. Die in Osteuropa lebenden Roma, insgesamt etwas über zehn Millionen Menschen, hatten es schon in den Zeiten des Realsozialismus schwer genug; immer wieder - wie schon zuvor seit ewigen Zeiten - waren sie alltäglichen Benachteiligungen ausgesetzt und wurden um ihre elementarsten Rechte als Volk betro-

gen. Seit dem Zusammenbruch der alten Strukturen Ende der Achtziger Jahre droht ihnen die Katastrophe: Der auflodernde Nationalismus nahezu aller Völker und Volksgruppen in Südosteuropa läßt den zerstreut über die sich neu bildenden Staaten lebenden Roma kaum mehr eine Chance; sie sind stets und überall die ersten, die der Haß gegen alles Andersartige trifft und die zur Manövriermasse der sogenannten „ethnischen Säuberung“ werden.

Rudko Kawczynski, in Hamburg lebender Rom, der am vorvergangenen Wochenende in Budapest zum Vorsitzenden des von 29 europäischen Sinti- und Roma-Verbänden gebildeten Roma-Nationalkongresses gewählt worden ist, zur Lage in Rumänien und den Staaten Ex-Jugoslawiens: „Was wir dort erleben, ist Kristallnacht in jedem Dorf. Aus rumänischen Roma-Verbänden waren zwölf Delegierte in Budapest. Sie erzählen vom Anzünden der Häuser, von Menschen, die auf den Straßen zusammengeschlagen werden. Die Menschen werden aus der Arbeit geworfen. Sie haben keinerlei Rechtsmöglichkeiten, weil es keine Strafverfolgung gibt. Darüber hinaus hat die Bundesregierung auf die rumänische Regierung eingewirkt, den Roma keine Pässe mehr auszustellen. Damit ist ihnen auch die legale Ausreise verwehrt. In Bosnien sind viele Todesopfer, die als Bosnier ausgegeben wer-

den, Roma. Dort können sich alle Nationalitätenkonflikte hemmungslos entladen.“

Ein Volk ohne Lobby und ohne Sitz und Stimme an den internationalen Konferenztischen ist auf der Flucht, - und sieht sich dabei in Ermangelung anderer, legaler Möglichkeiten auf skrupellose Schlepper-Banden angewiesen, die den ohnehin nahezu Mittellosen auch noch das letzte Geld abknöpfen. Am Zielort, der vermeintlich rechtsstaatlichen Bundesrepublik, werden die Flüchtlinge sogleich von neuem in die vertraute Rolle der aus dem geheiligten Rahmen des gesellschaftlich Normalen fallenden Außenseiter gedrängt, die letztlich an allem Unbill Schuld haben.

Mit der verzweifelten Lage des Volkes der Roma mag sich hierzu-lande niemand befassen.

Die Ignoranz der offiziellen Politik gegenüber dem Schicksal der mit unverhohlener Häme und Aggression so genannten „Zigeuner“ geht so weit, daß die Bundesregierung im März dieses Jahres in Genf sogar als einziges westeuropäisches Land gegen eine UNO-Resolution zum Schutz der Roma gestimmt hat. Begründung: Die Roma als Minderheit gebe es in Deutschland nicht. Die Strategie der Abschottung funktioniert perfekt, - die Roma sind recht- und schutzlos, weil sie hier keine Minderheit sind und weil sie zuhause keinen Staat haben außer dem, der

sie bedrängt und vertreibt. Und weil sie in ihrer Staatszugehörigkeit „nicht eindeutig zuzuordnen“ sind, sollen sie nach der von der CDU/CSU angestrebten und mittlerweile auch von SPD-Seite tolerierten Änderung des Asyl-Artikels im Grundgesetz aus dem Kreis der Asylberechtigten herausdefiniert werden. Schon jetzt werden Asylanträge von Roma teilweise nicht mehr angenommen, und selbst im Fall einer Annahme sind die Aussichten schlecht: „Noch kein einziger Rom ist in der Bundesrepublik als rassistisch verfolgt Asylberechtigter anerkannt worden“ (Rudko Kawczynski). Schon bietet die Bundesrepublik der polnischen Regierung Gelder für das effektivere Abgreifen von Roma vor Überschreiten der deutschen Grenze an.

In wilder deutscher Umbruchzeit muß ein angegriffenes, bedrohtes, entwürdigtes Volk als Buhmann für deutsche Befindlichkeitsstörungen herhalten. Man muß die Vergangenheit schon gründlich verdrängen, um an dieser kalten Gegenwart nicht zu verzweifeln: Vor nicht einem halben Jahrhundert hat Nazideutschland rund 500.000 Sinti und Roma aus keinem anderen Grund ermordet als deshalb, weil sie Sinti und Roma waren. Außer der achselzuckenden Botschaft, daß das Boot voll ist, weiß die Rechtsnachfolgerin der Mörder den Nachkommen der Opfer nichts zu bieten. m. w.

Bildung/Soziales

# Hungersnot in Afrika wird bedrohlicher

FAO-Studie: Zahl der weltweit Unterernährten schrumpft

In einer vor kurzem von der Welternährungsorganisation (FAO) vorgelegten Studie wird davon ausgegangen, daß im Kampf gegen den Hunger auf der Welt zumindest in den vergangenen Jahren einige Erfolge zu erkennen gewesen sind. Demnach waren im Zeitraum von 1969 bis 1971 rund 941 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern unterernährt.

Von 1988 bis 1990 sollen es nach den Darstellungen in diesem Bericht - 786 Millionen gewesen sein. Die FAO schätzt, daß heute etwa 20 Prozent der Weltbevölkerung chronisch unterernährt ist, während es seinerzeit 36 Prozent gewesen sein sollen. Diese Studie, die in Vorbereitung der Konferenz der FAO, die dieses gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation in der Zeit vom 5. bis 11. Dezember dieses Jahres in Rom durchführen will, erarbeitet worden ist, weist allerdings nicht nur auf einige positive Trends. Sie deutet unmißverständlich und kritisch auch auf einige Regionen der Welt, die sich im Gegensatz dazu negativ entwickelt haben.

### Wo und warum die Unterernährung abnahm

Die positiven Einschätzungen der FAO sind zweifellos auch dadurch bedingt, daß einige bevölkerungsreiche Staaten der Dritten Welt wie die Volksrepublik China, die Volksrepublik Korea, die Mongolei und Vietnam erstmals Angaben über die Ernährungslage ihrer Bevölkerung gemacht haben.

So trugen besonders die Zahlen aus China mit seiner Bevölkerung von mehr als 1,1 Milliarden Menschen, die relativ gut ernährt sind gegenüber vielen anderen Entwicklungsländern, dazu bei, daß der Anteil der Unterernährten weltweit prozentual niedriger als vorher lag. Im Fernen Osten wurden nach dieser Studie - auch die größten Erfolge bei der Bewältigung der Unterernährung verzeichnet. Allerdings lebt hier auch - in absoluten Zahlen gemessen - nach wie vor der höchste Anteil der unterernährten Menschen.

1988 - 1990 waren es immerhin noch 66 Prozent, obwohl die absolute Zahl unterernährter Menschen in dieser Region von 751 (1969 bis 1971) auf 528 Millionen zurück-

ging. Zu diesem als „positiv“ bezeichneten Gesamtbild trugen sowohl bessere Lebensmittel als auch eine effizientere Verteilung und das inzwischen niedrigste Bevölkerungswachstum unter den Entwicklungsländern bei.

### Düstere Bilanz für Afrika

Daß diese Darstellung des Gesamtbildes vom Hunger auf der Welt kritisch betrachtet werden muß, beweist ein Blick auf andere Regionen der Welt: Gelang es in den 70er Jahren im Nahen Osten und in Lateinamerika die Zahl der unterernährten Menschen zu reduzieren, so hat sich diese Entwicklung in den 80er Jahren wieder umgekehrt. Danach ist die Anzahl unterernährter Menschen im Nahen Osten im letzten Jahrzehnt von 24 Millionen auf 31 Millionen angestiegen, in Lateinamerika von 47 Millionen auf 59 Millionen. In der Kommentierung dieser Studie aber stellte der Generaldirektor der FAO, Edouardo Savuma, u.a. fest: „Während viele Länder beim Kampf gegen die Unterernährung beeindruckende Erfolge erzielt haben, besonders im Fernen Osten, bleibt die Situation in Afrika besorgniserregend.“

Die Studie besagt, daß im letztgenannten Zeitraum die Anzahl unterernährter Menschen in Afrika

um 67 Millionen auf insgesamt 168 Millionen hochschnellte.

In diesem Zusammenhang sollte vor allem auf die derzeit besonders katastrophale Lage der Menschen in Mocambique und Somalia aufmerksam gemacht werden: Der Bürgerkrieg in Mocambique hat, nach Auskünften der Menschenrechtsorganisation „Africa Watch“, nicht nur zu einer Hungersnot, sondern auch zu unvorstellbaren Grausamkeiten geführt. Und in dem inzwischen von wirtschaftlichem Chaos und politischer Anarchie beherrschten Somalia rechnet das Rote Kreuz damit, daß von dessen 6 Millionen Bevölkerung bis zu 4,5 Millionen an der durch Dürre und Bürgerkrieg bedingten Hungersnot sterben könnten, wenn nicht rasche und ausreichende Hilfe kommt.

Nach Ansicht von erfahrenen Entwicklungsorganisationen wie Care International handelt es sich im Somalia um eine Katastrophe, deren Ausmaß die Hungersnot in Äthiopien im Jahr 1984, durch die damals mehr als eine Millionen Menschen ums Leben kamen, bei weitem überschreite. Wer diese Fakten wahrnimmt und gleichzeitig erkennen muß, daß in den nördlichen Industriestaaten diese Lage in den südlichen Entwicklungsländern der Welt nicht zuletzt durch

die Frage der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Beendigung des Ost-West-Konfliktes in den Hintergrund gerückt zu sein scheint, kann dabei auch nicht übersehen, daß der UN-Forderung nach mehr Unterstützung durch mehr Mittel für die Entwicklungshilfe durch die Industriestaaten mehr Nachdruck verliehen werden muß.

Nach Ansicht der UN, die zuletzt und erneut während des Gipfels in Rio de Janeiro auf die Notwendigkeit hinwies, daß die Industriestaaten mindestens 0,7 Prozent ihres Sozialproduktes an die Länder der Dritten Welt als Entwicklungshilfe weitergeben sollten, ist in der Vergangenheit bei der Lösung dieser existenziellen Probleme in vielen Regionen der Welt schon zuviel versäumt worden. Das belegen u.a. auch zwei von vielen Beispielen: Der an sich größte Spender im Rahmen der Entwicklungshilfen, die USA, investierte mit 11,5 Milliarden \$ 1991 nur 0,2 Prozent seines Sozialproduktes. Die Entwicklungshilfen der Bundesrepublik beliefen sich mit 6,8 Milliarden \$ 1991 auf 0,4 Prozent unseres Sozialproduktes. Der durchschnittliche Entwicklungshilfeanteil des Bruttosozialproduktes der Industriestaaten belief sich übrigens 1991 auf 0,35 Prozent.

Helmut Kater



Am Horn von Afrika

Foto: amw

# Zwischen Emanzipation und Anpassung

Kolloquium zur Situation von Frauen in Ostdeutschland

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft veranstaltet vom 15. bis 17. September 1992 zusammen mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg an der Universität Potsdam ein Kolloquium zum Thema „Bildungschancen und Beschäftigungsperspektiven von Frauen in den neuen Bundesländern“.

Die Veranstaltung richtet sich vor allem an Fachleute aus Bildung und Weiterbildung, Wissenschaft, Unternehmen, Gewerkschaften, Bildungs- und Arbeitsverwaltung, Frauenprojekten und -initiativen sowie an Frauenbeauftragte und Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Im Dialog zwischen Frauen aus Ost und West sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Sozialisation herausgearbeitet, Probleme aufgezeigt und Perspektiven zur Verbesserung der Situation von Frauen im Bildungs- und Beschäftigungssystem in den neuen Bundesländern entwickelt werden.

## Freiwillig ein „soziales Jahr“

Viele Jugendliche haben nach dem Schulabschluß trotz ausreichendem Lehrstellenangebot noch keine genauen Vorstellungen über den beruflichen Werdegang. Vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres im nächsten Monat weisen zuständige Stellen mit Nachdruck auf das soziale Jahr hin. Bei diesem freiwilligen Engagement können junge Menschen nicht nur soziales Verhalten erproben, sondern auch viel über sich selbst lernen.

Jährlich waren es in der alten Bundesrepublik etwa 5 000, die nach dem Ende der Schul- oder auch der sonstigen Ausbildungszeit freiwillig ein soziales Jahr begannen - in der Altenhilfe, in Kinderheimen, Krankenhäusern, Tagesstätten und Behinderteneinrichtungen. Dabei ist es vor allem für Abiturienten ohne optimalen Notendurchschnitt wichtig, daß ein freiwilliges soziales Jahr als Wartezeit für die Zulassung zum Studium ebenso anerkannt wird wie der Wehr- oder der zivile Ersatzdienst.

Noch profitabler ist ein freiwilliges soziales Jahr für alle, die spä-

ter ohnehin einen sozialen Beruf erlernen wollen. In diesen Fällen gilt das soziale Jahr als Praktikum. Entsprechend ist allerdings auch das Entgelt, dessen Höhe derzeit zwischen 250 und 300 DM im Monat schwankt.

Wer im sozialen Jahr nicht mehr zu Hause wohnen kann, erhält üblicherweise auch am Einsatzort freie Kost und Logis. Wer ein freiwilliges soziales Jahr macht, ist kranken-, renten- und arbeitslosenversichert und hat, wie Jugendliche in der Berufsausbildung, einen Mindestanspruch auf 25 Werktagen Urlaub im Jahr.

Wegen der guten Erfahrungen mit dem freiwilligen „sozialen Jahr“ plant Bundesumweltminister Klaus Töpfer, auch ein freiwilliges ökologisches Jahr einzuführen, dessen Rahmen 17 bis 25 Jahre alte junge Menschen bei Umweltvorhaben eingesetzt werden sollen - wie das bereits in Thüringen, Sachsen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg möglich ist.

Albin Andre

# AUS DEN AUGEN,



# AUS DEM SINN.

Haben wir Afrika vergessen? Dabei ist gerade die Notsituation im Südlichen Afrika so alarmierend wie noch nie. Dort gibt es die schlimmste Dürre dieses Jahrhunderts. Millionen Menschen droht der Hungertod, wenn nicht rechtzeitig geholfen wird. Der Deutsche Caritasverband und das Diakonische Werk helfen bereits jetzt vor Ort. Gezielt und effizient. Unterstützen auch Sie unsere gemeinsame Aktion „Hungerhilfe Afrika“.

Afrika braucht Ihre Hilfe. Mehr denn je.

Bei Banken u. Sparkassen liegen vorgedruckte Zahlscheine aus.



Postgiro  
Karlsruhe  
202



Postgiro  
Stuttgart  
502

# SUZUKI



Abb.: SJ Samurai de Luxe, Cabrio. Sondermodell in limitierter Stückzahl.

Abb.: Swift 1,6 GLX.

Abb.: Swift 1,0 GL und Suzuki-Original-Zubehör.

Abb.: Vitaro de Luxe, Cabrio. Sondermodell in limitierter Stückzahl.

Steigen Sie ein ins Vergnügen, steigen Sie ein in die Suzuki-Modelle, dann kann die Schau losgehen. Im SJ Samurai de Luxe, 1,3l, 51 kW (70 PS), Injection, mit zuschaltbarem Allradantrieb. Im großzügigen Swift 1,6 GLX, 68 kW (93 PS), 16 Ventile. Im Swift 1,0 GL, 39 kW

(53 PS), oder im eleganten Vitaro de Luxe, Cabrio, 1,6l, 59 kW (80 PS), mit zuschaltbarem Allradantrieb. Also, nichts wie hin und hereinspaziert bei Ihrem Suzuki-Vertragshändler.

**Suzuki. Anders als alle anderen.**

\* Außerhalb der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten nur Besichtigung, keine Beratung, keine Probefahrt, kein Verkauf.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

**Arnold Schulz**  
SUZUKI-Vertragshändler

O-2796 Schwerin-Zippendorf  
Einfahrt Lindawerk  
Am Hang 7  
Telefon 21 32 16



Wirtschaft

Russische Wirtschaftslage:

# Talfahrt ohne Ende

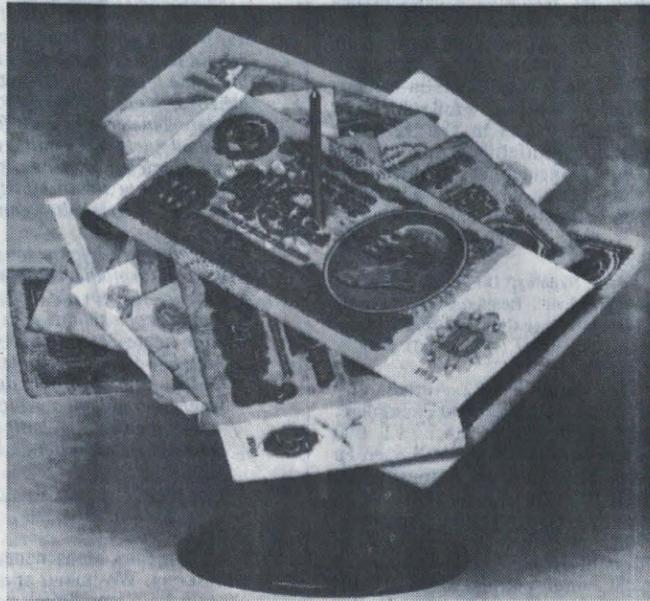
Nach Ansicht von Praktikern und Wissenschaftlern befindet sich die russische Wirtschaft nach wie vor auf einer sich eher beschleunigenden Talfahrt ohne, daß ein Ende abzusehen ist. Das bestätigte vor kurzem eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „opinio“. Demnach glauben 61 Prozent von 563 Anfang August befragten Experten aus Betrieben und Einrichtungen verschiedenster Eigentumsformen in Rußland, daß sich die wirtschaftliche Lage in ihrem Land in nächster Zeit noch verschlechtern werde. Nur 15 Prozent der Befragten sind danach davon überzeugt, daß 1993 ein Aufschwung in Sicht sei. Leider bestätigen die vorliegenden Informationen und Daten aus Rußland eindeutig den negativen Trend.

Der Außenhandel ist fast völlig zusammengebrochen: Es wurden in den ersten fünf Monaten dieses Jahres - 18 Prozent weniger Waren als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum importiert. Die Exporte verringerten sich in dieser Zeit um

30 Prozent. Neben den Zahlungsrückständen gegenüber ausländischen Lieferanten von ca. 4,5 Milliarden \$ liegt - nach letzten offiziellen Angaben - die Auslandsverschuldung Rußlands bei etwa 59 Milliarden \$.

Der Rubel-Kurs ist bisher nicht stabilisiert worden. Im Gegenteil: Die russische Regierung heizt die Inflation zusätzlich an. Um ihren chronischen Geldmangel zu beheben, läßt sie monatlich 260 Milliarden Rubel drucken. Experten schätzen, daß sich dadurch das staatliche Haushaltsdefizit in diesem Jahr verdreifachen und rund 20 Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen dürfte. Die Inflationsrate werde sich demnach bis Jahresende auf 50 bis 100 Prozent pro Monat einpendeln.

Die Regierung rechnet mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl von derzeit angegebenen 120 000 auf zwei Millionen. Die Ursachen dieser Misere scheinen weniger in der von der russischen Regierung angekündigten wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierungspolitik, sondern in ihrer defensiven und dilettantischen Durchführung zu liegen. Ob Jelzin diese Krise politisch überleben wird, ist - so gesehen - nicht nur eine Frage der Unterstützung seiner Pläne durch die westlichen Industriestaaten. Ein Jahr nach dem Sieg der Demokratie in Rußland ist sie durch die möglichen politischen Folgen dieser bisher ungezähmten Wirtschaftskrise erneut in Gefahr.



Ausgerollt ...

Foto: amw

Ostdeutscher Arbeitsmarkt:

# Sparbeschlüsse als Bumerang

Der Bundesarbeitsminister hatte nicht nur die ostdeutschen Länderarbeitsminister, sondern auch die davon Betroffenen monatelang im Ungewissen gelassen, bis - mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 1993 - seine Novelle zum Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) auf den Tisch kam.

Durch die Anwendung soll nun mit der Einsparung von knapp sechs Milliarden DM die Lücke geschlossen werden, die sonst durch Zuschußkürzungen des Finanzministers im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (BA) entstehen würde.

Besonders negative Auswirkungen dürfte dies für den weiter kollabierenden ostdeutschen Arbeitsmarkt haben: Hier wird der Hahn teilweise abgedreht, obwohl der Präsident der BA, Franke, als Folge dieser Entscheidung einen weiteren drastischen Anstieg von Arbeitslosigkeit mit negativen Begleiteffekten für die Kaufkraft und die regionale Wirtschaftsentwicklung sieht.

So sollen allein im Bereich der Fortbildung und Umschulung rund 1,5 Milliarden DM und die Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten komplett gestrichen werden.

Diese wie andere vorgesehene Restriktionen dürften nicht nur zu einer wirtschaftlich und sozial nicht wünschenswerten Strangulierung der Weiterbildungsmöglichkeiten, sondern dadurch zwangsläufig zur Ausweitung der bereits vorhandenen Grauzone „privater“ Geschäftemacher mit der Fort- und Weiterbildung führen.

Allein die künftig vor der Zuweisung in eine AFG-geförderte berufliche Fortbildung erforderliche gründliche Pflichtberatung durch die Arbeitsämter dürfte eine Art Senseneffekt bewirken, da die Arbeitsverwaltung bisher weder sachlich noch personell dazu in der Lage sein dürfte.

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsexperten rechnen zudem damit, daß es durch diese Sparbeschlüsse 1993 mindestens 100 000 ABM-Stellen in den neuen Bundesländern (Im Jahresdurchschnitt werden es 1992 etwa 400 000 sein.) weniger geben wird. Allein diese Beispiele beweisen den politischen Bumerang-Effekt dieser Beschlüsse der Bundesregierung, die wohl besser neu überdacht werden sollten.

H. K.

H. K.

**JETZT MITNEHMEN!**

TOLEDO GLX

Aufgepaßt, diese SEAT-Modelle können Sie gleich mitnehmen. Alle kurz zugelassen, kaum gefahren und in Top-Zustand. Besuchen Sie uns.

**Unser Angebot:**

- Toledo 2,0 GLX**  
ABS, Radio, Servo, 85 kW (115 PS) **29 500,-**
- Toledo 16 V**  
ABS, Radio, Servo, 92 kW (125 PS) **32 800,-**
- Ibiza 1,2 GLX**  
3-türig, 52 kW (70 PS) **18 500,-**
- Ibiza 1,5 CLX**  
5-türig, 66 kW (90 PS) **19 000,-**
- Marbella CLX**  
mit Kat, 5-Gang-Getriebe, 29 kW (40 PS) **12 500,-**

**Überzeugen Sie sich durch eine Probefahrt!**

Weitere Informationen bei Ihrem SEAT-Händler:

**Autohaus Hans-Peter Seifert**  
Dorfstr. 3 · O-2782 Schwerin  
☎ 61 16 37 · Fax 61 16 38

Das offizielle Automobil der XIV Olympischen Spiele

**Und nun?**

*Sie sind gefragt! Über 3 Millionen Kinder erleben tagtäglich die elterliche Arbeitslosigkeit. Die Folgen kennt keiner: z. B. schulische und gesundheitliche Probleme. Wir brauchen Ihre Hilfe!*

**Spendenkonto 2626**  
Kreissparkasse Harburg (BLZ 207 500 00)

**Deutsche Hilfe für Kinder von Arbeitslosen e.V.**  
Lüneburger Straße 44, 2100 Hamburg 90

**Coupon:**  
Senden Sie mir bitte Informationsmaterial:  
Name / Anschrift: \_\_\_\_\_

**CARDIOCLINIC**

ist eine herzchirurgische Einheit mit OP-Bereich, Intensivstation und Normalpflegebereich.

Wir suchen ab sofort oder später für den OP-Bereich

**OP-Schwwestern**

Wir bieten:  
vielseitigen Arbeitsplatz — offene Arbeitszeiten — zentrale Lage (U-Bahn, S-Bahn, Bus — Halb- und Teilzeitkräfte willkommen — außertariflichen Vertrag, wir sind bei der Wohnungssuche behilflich.

Bitte senden Sie Ihre schriftl. Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an:

**CARDIOCLINIC**  
Krankenhausbetriebsgesellschaft mbH  
Heilwigstr. 39 · 2000 Hamburg 20  
Telefon 040 / 80 86 80 und 4 80 76 18

**Möbeln Sie Ihr Büro auf**

**Beratung und Planung mit**

**Vertrieb und Service für:**

- Büromöbel
- Büromaschinen
- Bürobedarf
- Werbeartikel
- Stempelanfertigung
- Frankiermaschinen
- Großflächenkopierer

**Dr. Bärbel Stefaniak**  
Wallstraße 68, 2755 Schwerin, Telefon + Fax 0 84 - 81 23 73  
Bahnstr. 125, 2820 Hagenow, Telefon + Fax 08 55 - 2 80 06  
Steinstr. 64, 2730 Gadebusch, Telefon + Fax 08 56 - 25 22

Gutaussehender j. Mann sucht Briefkontakt mit jg. Frau bis 35 Jahre. Bin 1,88 m, mittelblond, humorvoll und (leider) z. Zt. in Haft.  
Bernd Illmer, Marlring 41, 2400 Lübeck

**DENKMALPFLEGE MECKLENBURG**

aner. Fachbetrieb für Denkmalpflege und Althauserhaltung

**Restaurierung · Altbausanierung handwerkliche Spezialleistungen**

Maurer und Stuckarbeiten · Zimmerarbeiten  
Tischlerarbeiten · Klempner- und Installationsarbeiten · Maler- und Tapezierarbeiten  
Schlosser, Schmiede, Gießer und Gürtler

Steinmetz- und Bildhauerarbeiten  
Dachdeckerarbeiten  
Bauberatung und Planung

Denkmalpflege Mecklenburg GmbH · Telefon Schwerin 52 91  
Vor dem Wittenburger Tor 4 a · Telefax 81 25 97  
2766 Schwerin

**Die Offsetdruckerei, die Beratung und Service großschreibt.**

Duftdruck und Holografie kennen wir.

Modernste Technik in den Bereichen Satz, Repro, Buchbinderei, Druck und Versand.

Unser Außendienst besucht Sie gern.

**LN DRUCK**

LN-Druck, Herrenholz 10-12, 2400 Lübeck 1  
Telefon (04 51) 1 44 17 11, Fax (04 51) 1 44 10 28

Kultur

# Vom Mann, der einmal seine Stiefel aß

Szenen aus einer Zeit, in der die Zeit nicht drängte  
Sten Nadolny's Roman „Die Entdeckung der Langsamkeit“

Die Überschrift spielt auf die intensive Schilderung einer Hungerkatastrophe an, eine 26-Seiten-Studie von den erschütternden und brutalen Überlebensversuchen vertrauten Romanpersonals. Gegenständlicher Diebstahl, Ernährung durch Aas, ekelige Pflanzen sowie Pelzreste, permanente Ohnmachten, Halluzinationen, Mord- und Kannibalismusabsichten ... der Verlust ethischer Prinzipien angesichts des Todes ist hoch. Plausibilität hoch? Immerhin, es verbleiben Überbleibsel von gemeinsamer Kommunikation: „Sie besprachen die Lage. Mehr und mehr begannen sie den Verstand zu verlieren. Aber jeder von ihnen schätzte seine eigene Denkfähigkeit immer noch höher ein als die des anderen, deshalb sprachen sie in einer beruhigenden, unendlich geduldigen und simplen Weise aufeinander ein und wiederholten alles immerfort, weil sie vergaßen, was sie bereits gesagt hatten.“

Ob John Franklin wirklich Stiefel aß, dazu müßte man wohl in der am Buchende angegebenen Sachliteratur über den historischen Entdecker nachschauen. Nadolny vernachlässigt die Differenz zwischen Fakt und Fiktion bewußt und grundsätzlich. Er hat die „Biographie des britischen Seefahrers und Nordpolforschers J. Franklin (1786 - 1847)“ facettenartig umgeschrieben, um erfundene, gefundenen, tatsächlichen Momenten kombiniert. Als Lebensdaten sind eine Kindheitsaufnahme, nämlich stundenlanges unbewegliches

Halten der Mittellinienschnur des Spielfeldes, sowie das Auffinden des noch uniformierten Skelettes gesetzt. Zwischen diesen Ereignissen liegen ausführliche Schilderungen von Reisen, Abenteuern, Kriegseindrücken, Karriere. Garniert werden die Erlebnisse mit klugen Einsichten und Kommentaren zum damaligen 'Zeitgeist', d.h. Dialoge, Monologe, Reflexionen zu Politik, Musik, Malerei, Religion, Gerechtigkeit, Philosophie, Wissenschaft, Navigation und, sicherlich zentral, zum Begriff ZEIT.

„Was auch immer drängte: die Zeit des Teetrinkens war einzuhalten. Und so allmählich wollte er die Tasse zum Mund heben, daß andere ihn für tot hielten, jawohl. Umrühren wollte er so, daß keiner mehr wußte, ob er links herum rührte oder rechts.“

Diese trotzige Alltagsgeste verdeutlicht Franklins Tempoverzicht. Von Natur aus auffällig langsam, macht er aus der Not nicht nur eine Tugend, sondern ein System, das breite Gültigkeit haben soll. Ob tatsächlich das Verbrecherwesen, die Entstehung von Individualität oder der Frieden aus dem Wechsel von richtiger und falscher Geschwindigkeit ableitbar sind, sei dahingestellt. Romanologisch jedenfalls spielt Nadolny das Temporeduktionsprinzip konsequent durch, indem er 'große' Themen (weniger überzeugend) und 'kleine' Themen (prima gelungen) auf das „aparte Zeitmaß hin“ untersucht. Ein London-Eindruck

von 1820: „Uhren und Menschen waren genauer geworden. John hätte das gutgeheißen, wenn daraus mehr Ruhe und Gemessenheit entstanden wäre. Statt dessen beobachtete er überall nur Zeitknappheit und Eile.“

Nach dem ersten mißlungenen Versuch, die Nordwestpassage zu finden, ringt Franklin sich zum Aufschreiben seiner Abenteuer durch: „BERICHT ÜBER EINE REISE ZU DEN KÜSTEN DES POLARMEERES - nicht unter 100 000 Wörtern!“ Der Grundimpuls für dies literarische Unternehmen ist eine skurille Umkehrung: Er setzte sich auch in die Kaffeehäuser. Dort bekam man jederzeit Tinte, Feder und Papier, wenn einem etwas Wichtiges einfiel. Zwar fiel John nichts ein, aber er bestellte jedesmal Schriebzeug, startete auf den weißen Bogen und dachte: Wenn ich etwas Wichtiges habe, schreibe ich es auf. Also geht es vielleicht auch umgekehrt: Wenn ich etwas zum Schreiben habe, fällt mir das Wichtigste ein. Und so geschah es auch - plötzlich war die Idee da.“

Im Verlauf der Formuliertätigkeit bekommt er es mit den Mühseligkeiten literarischer Arbeit zu tun und zeigt sehr schön eine unterschätzte Eigenschaft von Sprachverwendung: „Noch etwas hatte ihn anfangs gestört: je eifriger er die wirklichen Erlebnisse beschrieb, desto mehr schienen sie zurückzuweichen. Was er aus Erfahrung kannte, verwandelte sich durch Formulierung in etwas, was

auch er selbst nur noch sah wie ein Bild. Die Vertrautheit war weg, dafür ein Reiz der Fremdheit wieder da.“

Sprache selbst ist Produzent von etwas Fremdem, ist Eindringling zwischen das, was einem passiert und der Wiedergabe des Geschehenen, ist raffinierter Manipulator. Franklins Reisebericht wird ediert und - ein großer Erfolg: „Auf einen Schlag galt John Franklin als tapferer Forscher und großer Mensch. Er hatte gar nicht erst versucht, sich zu rechtfertigen, sondern das Unglück genau geschildert, nichts weggelassen und auch seine eigenen Hilflosigkeiten zugegeben.“

Friedhelm Mittel

Sten Nadolny, Die Entdeckung der Langsamkeit, Roman, Serie Piper im Verlag R. Piper GmbH & Co. KG, München, 24. Auflage 1992, 16,80 DM

Nachsatz: Die 22. Auflage umfaßte immerhin 50 000 Exemplare. Es fehlten dann noch 12 000 Stück, um die halbe Millionen zu erreichen: Nadolny's Roman zum Motiv Langsamkeit hat sich schnell als Bestseller entpuppt. Nach möglichen Gründen für diese rasante Entwicklung innerhalb von acht Jahren befragt, antwortet mir der örtliche Buchhändler: „Ja, das Buch ist ein Lieblingsbuch vieler Buchhändler/innen, weil es so klug, so anständig und so unbeeindruckt von Hektik ist, eine ideale Geschenkidee, ein sicherer Empfehlungstip auch fürs breitere Publikum.“ F.M.

## Ernst Jandl mit engeln

auf straßen geh ich nur im schutz von ärzten  
sobald ich mit zerbrochenen beinen liege  
schlendert ein mensch zum nächsten telefon  
meldet der rettung einen hundesoß  
der winselnd auf dem pflaster klebt  
hebt mich auf die bahre, engel  
schaffet mich ins hospital  
wo die edlen ärzte warten  
zu beenden meine qual

auf straßen geh ich nur im schutz von ärzten  
sobald ich krächzend mich zum tanze biege  
die arme flatternd und die zunge fliegend  
erhebt sich ein geschrei nach polizei  
so viele dunsten, der läuft frei herum  
nehmt mich in die mitte, engel  
steckt mich in die enge zelle  
bis der gute doktor eintrifft  
der mich streichelt, wenn ich belle

auf straßen geh ich nur im schutz von ärzten  
sobald ich explodierend blut und scheiße  
platzender hose in die menge jage  
tritt eine große schöne frau zutage  
die der meute das wüten verbietet  
„ich bin deine ärztin, mein engel  
und du hast getan, wie du mußt  
komm auf meinen arm, ich nehme dich heim  
mache dich rein, geb dir die brust  
mein süßer, mein lieber, mein kleiner“

Die hilfsgelien Menschenengel stecken den Alten ins Altenreservat. Wo immer er sich aussetzt, wo er mit zerbrochenem Bein womöglich winselnd auf dem Pflaster klebt, wo er krächzend zum Tanz sich biegt mit flatterndem Arm und fliegender Zunge, da lauert sie ihm auf und stellen ihn unter den entblößenden Schutz von Arzt, Hospital und Bahre. Wo er schließlich explodierend Blut und Scheiße platzender Hose in die Menge jagt, wird er endlich entmündigt. Die Straße ist ein gefährliches Pflaster für ihn. Er darf nicht verraten, was er ist: ein Alter, das heißt nur ein Alter. Die Engel sind luchsäugig wachsam allerorten und jagen ihm sein selbstbestimmtes Dasein ab. Ernst Jandl ist älter geworden, das versteckt er nicht. Nichts verheimlicht er. Das kann man lesen aus dieser geballten Ladung von Idyllen. Seine Sprache bleibt seinem Denken entsprechend unverstellt, eigen und direkt. Sie ist dabei keineswegs jugendfrei. Mit dieser Art Sprechen-Schreiben trifft er genau, was er treffen will. Es sind Gedichte vom guten alten Jandl.

w.p.

ernst jandl, idyllen, gedichte, Sammlung Luchterhand 1062, 1992 im Luchterhand Literaturverlag Hamburg Zürich, 15,80 DM

ein Herrscher über den anderen“. August Wilhelm zog zwar die Frauen an wie die Motten das Licht, doch er konnte keine halten. Als August Wilhelm Schlegel 1818 aus der „lärmenden Einsamkeit von Coppet“ nach Deutschland zurückkehrt, ist er ein Fremder im eigenen Vaterland geworden. Er hatte zwar im Dienst des schwedischen Kronprinzen Bernadotte an der Befreiung Deutschlands von der napoleonischen Herrschaft teilgenommen und war 1815 für seine Verdienste geadelt worden, doch das Leben in der Heimat behagt ihm nicht mehr, gelingt es doch nicht, an frühere Erfolge anzuknüpfen. Aus dem einstmaligen lebensfrohen, ritterlichen und witzigen Mann wird schließlich, wovor er sich immer gefürchtet

hat: ein grämlicher, vertrockneter Mensch und Feind jeder Neuerung, auch der späteren Romantiker. Obwohl er gerade erst 50 ist, lebt er nur noch in der Vergangenheit. Die wilden Jenaer Jahre stehen in der Erinnerung als ein „Fest von Witz, Laune und Philosophie“ (Tieck), und sie sind auch für uns Heutige die faszinierendsten, wenn sie doch u.a. auch der Versuch eines neuen Zusammenlebens der Geschlechter, das auf geistiger und körperlicher Partnerschaft beruht. Von der Emanzipation, die sie damals bereits mit ihren Frauen lebten, träumen wir immer noch. Am 12. Mai 1845 ist August Wilhelm Schlegel einsam in Bonn gestorben.

Dorothee Trapp

### Kalenderblatt

Heinrich Heine, der als 22-jähriger an der Universität von Bonn zu den Zuhörern August Wilhelm Schlegels gehörte, schildert den Professor für indische Philologie in der „Romantischen Schule“ so: „Herr A. W. Schlegel trug Glacéhandschuh und war noch ganz nach der neuesten Pariser Mode gekleidet; er war noch ganz parfümiert von guter Gesellschaft und eau de mille fleurs; er war die Zierlichkeit und Eleganz selbst, und wenn er vom Großkanzler von England sprach, setzte er hinzu ‚mein Freund‘, und neben ihm stand sein Bedienter in der freiherrlichst Schlegelschen Hauslivree und putzte die Wachslichter, die auf silbernen Armleuchtern brannten und nebst einem Glase Zuckerwasser vor dem Wundermanne auf dem Katheder standen.“ August Wilhelm Schlegel war damals 52. Die Studenten machten sich über den „Gecken“ lustig und nannten ihn abfällig den „Herrn Pariser“.

In ihrer Jugend hatten August Wilhelm Schlegel - geboren am 5. September vor 225 Jahren in Hannover - und sein Bruder Friedrich

im geistigen Deutschland als vielversprechende „Götterbuben“ gegolten und als Gegenbewegung zu



August Wilhelm Schlegel 1767 - 1845

Aufklärung und Klassizismus die romantische Schule begründet. In Jena, dem „ersten Paradies der romantischen Schule“, hatten sie Gleichgesinnte - Novalis, Tieck,

Schelling - um sich geschart und in ihrer selbstbegründeten Kampfschrift „Athenäum“ nach gescheiterter Zusammenarbeit in den „Horen“ Schillers die „Lorbeerkränze von den alten Perücken gerissen.“

Es war August Wilhelm Schlegels schöpferischste Zeit. Zusammen mit seiner Frau Karoline schrieb er von 1795 bis 1803 rund 300 Rezensionen in der Jenaischen „Allgemeinen Literaturzeitung“ und begann als erster Deutscher mit der Übersetzung von 17 Dramen Shakespeares, eine Leistung, die neben seinen Übersetzungen Dantes und Calderons nur mit der Homerübertragung von Voß vergleichbar ist und ihm den bleibenden Ruhm brachte.

Als Dichter hingegen - er wollte sich mit Goethe und Schiller messen - war ihm kein Lorbeer beschieden. Mehr Kunsthandwerk als Kunst, lautete das Urteil der Kritik und zu seinem dramatischen Versuch hieß es: „Auf griechischen Stelzen schreitend, ist der Jon eine Sammlung tönender Worte und klingender Schellen.“ Auch seinen vielen Rezensionen, die oftmals mehr von Launen als einem

sicheren Verstand diktiert waren, galt bereits Goethes Kritik: „Alle Gelehrsamkeit ist noch kein Urteil.“

Als August Wilhelm Schlegels bedeutendstes eigenschöpferisches Werk gelten bis heute seine Berliner „Vorlesungen über dramatische Kunst und Literatur“, die dem jungen Professor seinerzeit nie dagewesenen Zulauf brachten. In Berlin, das zum Kampfplatz der Romantiker wurde und wohin er 1803 nach dem Kriseln in seiner Ehe geflüchtet war, lernte August Wilhelm Schlegel 1804 die französische Schriftstellerin Germaine de Stael kennen, der er bis zu ihrem Tod 1817 als Erzieher ihrer drei Kinder, Sekretär, Reisebegleiter und literarischer Ratgeber - ihr Werk „De l'Allemagne“ ist durch „die Brille der romantischen Schule gesehen“ (Heine) - diente.

Es war eine sehr problematische Beziehung - nicht nur was seine eigene berufliche Entwicklung betraf -, die von ständigen Streitigkeiten belastet wurde und in der der eitle, den Frauen sehr zugezogene Deutsche unterlag. „stolperte doch im Herzen der Madame de Stael

## Er schenkte Deutschland Shakespeare

Am 5. September vor 225 Jahren wurde August Wilhelm Schlegel in Hannover geboren

### Hier geht's zum Abo

52mal Mecklenburger Aufbruch für nur 50,- DM oder das Förder-Abo für 70,- DM

Ja! Ich will den MA ein Jahr lang jede Woche in meinem Briefkasten haben.

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_  
 PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_  
 Geburtstag \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Gewünschtes Abo ankreuzen:  Ich wähle das Abo für 50 DM im Jahr.  
 Um Ihre Portokasse zu entlasten, nehme ich das Förder-Abo für 70 DM im Jahr.  
 Gewünschte Zahlungswaise:  Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung leisten, Rechnung abwarten).  
 Bequem und bargeldlos durch Bankabbuchung.

Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_  
 Bankinstitut \_\_\_\_\_

Name/Unterschrift \_\_\_\_\_

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift \_\_\_\_\_  
 Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:  
 Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin



### Schnupper-Abo

12mal Mecklenburger Aufbruch für nur 10 DM

Ja! Ich will den MA 1/4 Jahr lang jede Woche in meinem Briefkasten haben.

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_  
 PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_  
 Geburtstag \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein.

Gewünschte Zahlungswaise:  Ich lege 10 DM in Briefmarken bei.  
 Ich lege 10 DM in bar bei.  
 Ich lege einen Verrechnungsscheck über 10 DM bei.

Das Abo endet nach einem Vierteljahr. Es wird nicht automatisch verlängert. Es entstehen keinerlei Verpflichtungen.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift \_\_\_\_\_  
 Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:  
 Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin



## Umwelt

# Wenn alle Brunnlein fließen

Die Stadt Rostock will das Grundwasser der Mecklenburger Seenplatte ausbeuten

Wassermangel hat die Stadt Rostock eigentlich nicht, - eher im Gegenteil: Die Warnow, die die Stadt durchfließt, liefert genügend Oberflächenwasser, das denn auch seit eh und je zur Trinkwassergewinnung benutzt wird. Aber die Warnow ist verschmutzt wie die meisten Gewässer des neuen deutschen Ostens, und entsprechend besorgniserregend sind die Schadstoff-Anteile des daraus abgezweigten Rostocker Leitungswassers: Die Brühe ist zu hohen Anteilen mit Trüb- und Huminstoffen belastet, die bei der Chlorung im Wasserwerk brisante chlororganische Verbindungen eingehen; die dabei entstehenden Moleküle, speziell die Haloforme, sind in hohem Maß gesundheitsschädlich.

Schon zu DDR-Zeiten war der Blick der nach Auswegen aus dem Dilemma suchenden Fachleute in die Ferne geschweift, - zur Mecklenburger Seenplatte, unterhalb derer sich ein gewaltiges Reservoir unbeeinträchtigt und dauerhaft vor jeder Einwirkung von außen durch mächtige Tonschichten geschützten Grundwassers erstreckt. Unermeßlich viel klares Wasser in ganzen siebzig Kilometern Entfernung, geeignet, das trübe Naß der Warnow aus den Rostocker Badewannen und Kochtöpfen zu bannen, auf daß es wieder ausschließlich dorthin befördert werde, wohin es offenbar gehört: In die Ostsee. Alles, was zum Gelingen der Operation noch fehlt, die - so die Betreiber - ein aufwendiges Warnow-Sanierungsprogramm erübrigt, ist eine Wasserleitung. Die beiden Unternehmen, die sich bei der Hansestadt um die Wasserwerks-Konzession beworben haben, die Nordwasser GmbH und das Konsortium aus Thyssen und Lyonnaise des Eaux, verfolgen denn auch übereinstimmend die Pläne zur Fernversorgung mit Grundwasser.

Etwa 100.000 Kubikmeter sollen pro Tag entnommen werden, immer unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß sich der Ro-

stocker Trinkwasserverbrauch in den kommenden Jahren kontinuierlich weiter erhöht. Erhöhen wird er sich aber nur dann, wenn Industrie und Gewerbe, auf deren massive Neuansiedlung man in Rostock setzt, sich wie eh und je aus der Wasserleitung bedienen, obwohl die Unternehmen auf Trinkwasserqualität überwiegend nicht angewiesen sind und auf längst erprobte Brauchwasser-Systeme zurückgreifen könnten. Zwanzig Jahre hinter dem aktuellen Stand der Technik zurück und immer auf dem Trampelpfad des ökologischen Raubbaus, - so schickt man sich auch in Sachen „Wasserversorgung“ an, sämtliche Fehler des goldenen Westens im Osten grad noch einmal zu begehen.

Dabei scheinen die erheblichen ökologischen Auswirkungen einer so massiven Grundwasserentnahme für die überwiegend flachen und jetzt schon durch die Nährstoffe aus Fischmast und Landwirtschaft stark überdüngten Seen keine Rolle zu spielen: Allein aus

dem Grundwasserbereich des Torgelower Sees und des Varchentiner Sees sollen täglich 25.000 Kubikmeter Grundwasser gefördert werden. Der jährliche Zufluß des Torgelower Sees besteht zu 12,8 Millionen Kubikmetern aus Grundwasser und zu 9,2 Millionen Kubikmetern aus Oberflächenwasser. Die vorgesehene Grundwasserentnahme für Rostock würde die Zuflußmenge in etwa um 9,1 Millionen Kubikmeter jährlich reduzieren, entsprechend 25.000 Kubikmetern täglich. Damit nähme der Gesamtzufluß um 40 Prozent, der Grundwasserzufluß sogar um mehr als 70 Prozent ab, der Durchfluß durch den See käme in Trockenperioden zum Stillstand. Der Wasserspiegel fiel stark ab, - insgesamt katastrophale ökologische Folgen für den ohnehin schon stark strapazierten See.

Das alles soll geschehen, obwohl niemand leugnet, daß eine umfassende Sanierung der Warnow nicht nur ökologischen Nutzen brächte, sondern auch Arbeitsplätze sichern würde und mittelfristig ohnehin

unvermeidlich ansteht. Während man in westdeutschen Großstädten bemüht ist, gleichartige Sünden der Vergangenheit zu korrigieren (wie beispielsweise im wasserreichen Frankfurt, das sich der Einfachheit halber jahrzehntlang aus dem Grundwasser des nahen Vogelsberg bedient hat), werden die Fehler der Vergangenheit im Osten zum Zukunfts-Programm erklärt. Investoren, so die Argumentation, kommen nur, wenn man sich ihnen zu Füßen wirft mit allem, was man hat, - und sei es die natürliche Umwelt einer ganzen Region. Standort-Planung wird von der Hand in den Mund betrieben, orientiert am Augenblicks-Erfolg. Statt sich den Vorlauf an Auseinandersetzungen und Erkenntnisprozessen in vergleichbaren Gegenden der alten Bundesländer zunutze zu machen, bieten sich die neuen Bundesländer als billiges Eckchen für West-Unternehmen an, denen die Umwelt-Verantwortung zu teuer ist.

m.w.



Foto: Rainer Cordes

## Dualer Abfalltourismus

Das Zauberwort des Abfallwirtschafts-Konzepts der Bundesregierung heißt „Recycling“. Die kürzlich begleitete von viel Eigenlob in Kraft getretene neue Verpackungsverordnung gründet auf nichts anderem als auf dem Funktionieren des „Dualen Systems Deutschland“ (DSD), das mit gigantischem Aufwand dafür sorgen soll, daß der Kreislauf von Einweg-Produktion, Getrennt-Sammlung und Wiederverwertung in Gang kommt und in Gang bleibt. Alle Warnungen davor waren in den Wind geschlagen worden, bei der Reduzierung des Müll-Bergs ausgerechnet auf das von den Herstellern der Wegwerf-Produkte getragene DSD zu setzen. Und die Verpackungs-Industrie war's mehr als zufrieden, sah sie sich doch im Zeichen des „Grünen Punkts“ auf lange Sicht bestands-gesichert.

Der kürzlich aufgeflogene Müll-export-Skandal in Frankreich bestätigte jetzt umfassend die Befürchtungen der DSD-Kritiker: In großem Stil, so zeigte sich, wird getrennt gesammelter Hausmüll und vor allem der kaum recycling-fähige Plastik-Abfall mit Klinik-Abfall vermischt, in's Ausland verschoben und dort verscharrt. Genau das hatten nahezu alle Experten, die nicht von den Betreibern des DSD bezahlt waren, vorausgesagt. Die groß angekündigte Wende hin zu einer ökologischen Abfallwirtschaft und zu wirksamer Müllmengen-Reduzierung entpuppte sich als ein weiteres Glied in der Endlos-Kette müllpolitischer Verdrängungs-Kunststücke und Schein-Lösungen.

Der ob seines ökologischen Engagements vielgelobte Umweltminister Töpfer mußte jetzt eigentlich eingestehen, daß seine Abfallpolitik schon im Ansatz gescheitert ist. Statt dessen hören wir die üblichen verbalen Attacken gegen allerlei kriminelles Gesindel, das sich wider die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze der Umwelt-Verantwortung versündigt.

Dabei sind es doch die Normen der Verpackungs-Verordnung selber, die wahlweise den Müll-Notstand im eigenen Land oder kriminelle Müll-Schieberei in andere Länder programmieren: eins von beidem geht nur und etwas Drittes nicht, solange mit dem Recycling-Prinzip auf einen Lösungs-Weg gesetzt wird, für den es weder die Technik noch die Kapazitäten gibt.

Wenn die Abfallpolitik anderes bewirken soll als das Gegenteil dessen, was sie verspricht, muß sie sich mit denen anlegen, die von der Müll-Lawine leben: Der auf Plastik, Einweg-Prinzip und Verpackungs-Wahn geeichten deutschen Industrie. Dazu fehlt dem um markige Worte nur selten verlegenen Minister Töpfer die Courage; lieber treibt er mit der zweifelloso gewachsenen Bereitschaft der Verbraucher zu umweltbewußtem Verhalten Schindluder, indem er sie auf die falsche Fährte des peniblen Getrennt-Sammelns überflüssigen, weil von vornherein vermeidbaren Zivilisations-Mülls setzt: Denn wie zum Hohn wird der ja genauso verschoben, vergra-

ben, verbrannt und aufgetürmt werden wie eh und je. Nur wer Müll vermeidet, kann Müllmengen vermindern. Diese einfache Logik kann naturgemäß keine Begeisterungstürme bei denen entfachen, die von der Müll-Produktion leben. Aber auch die Verpackungs-Industrie steckt ja uneingestandenmaßen in dem Dilemma, mit großem Tempo auf das Ende einer Sackgasse zuzurasen, - spätestens dann, wenn die Gesellschaft in Dreck und Abfall unternimmt und buchstäblich zu ersticken droht, ist das Ende ihrer Tage gekommen.

Allzuviel und allzu kurzfristig lamentiert die deutsche Industrie über die „Unwirtschaftlichkeit“ des Müllvermeidungs-Prinzips. Denn das dringend gebrauchte System aus präzisen Anti-Müll-Vorschriften, schmerzenden Umwelt-Abgaben und harten Strafen für's Zuwiderhandeln würde ja nur den Rahmen neu setzen, in dem die Unternehmen in Chancengleichheit ihre Wirtschaftlichkeits-Berechnungen anstellen. Dazu gibt es früher oder später ohnehin keine Alternative.



Am eigenen Müll ersticken?

## Uhlmann soll telefonieren Müllimporte stoppen

Die GRÜNE LIGA e.V. fordert Umweltministerin Uhlmann auf, für einen Stopp der Sonderabfallimporte aus dem europäischen Ausland nach Mecklenburg-Vorpommern zu sorgen. Nach dem Müllexportskandal in Frankreich sollte Uhlmann sich mit der gleichen Konsequenz wie ihre französische Amtskollegin Segolene Royal für die Beendigung der Mülltransporte aus den Niederlanden, Österreich und der Schweiz nach Schönberg einsetzen. Jeder ist für den Müll verantwortlich, den er produziert hat.

Matthias Baerens, Vorstandsmitglied der Umweltorganisation: „Im Unterschied zu Frankreich kommen nicht Hunderte Tonnen Klinik- und Plastikmüll nach Mecklenburg-Vorpommern, sondern mehrere tausend Tonnen hochbrisante Sonderabfälle.“ Dabei handelt es sich nach Recherchen der GRÜNEN LIGA beispielsweise um zinkhaltige Galvanikschlamm, Natriumsulfat sowie diverse lösehaltige Abfälle.

Allein 1991 wurden aus den Niederlanden rund 40 000 Tonnen Sondermüll zur Deponie Schönberg importiert. 1992 muß auf Grund der Genehmigungspraxis des Schweriner Umweltministeriums mit etwa der gleichen Menge gerechnet werden.

Baerens: „Frau Uhlmann sollte nach den hohen Reisekosten zum Umweltgipfel in Rio jetzt effektiv handeln und mit der französischen Umweltministerin einfach mal telefonieren.“ Dabei werde sie sicherlich von ihrer Amtskollegin erfahren, daß eine Umweltministerin etwas gegen Mülltourismus ausrichten kann.

## SPD-Verkehrspolitik: Sprüche statt Taten

Das klang kräftig, - bei der Vorstellung der SPD-Verkehrskampagne am 30. April dieses Jahres in Bad Godesberg sprach der Bundesvorsitzende und schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm zum Thema „Das Auto zur Vernunft bringen - Mensch und Umwelt gehen vor“ - und wie: „Mehr Autoverkehr ist nicht verkehrbar“, stellte der sozialdemokratische Hoffnungsträger zur Freude seiner Zuhörerschaft fest, und: „Die Notwendigkeit einer neuen Verkehrspolitik liegt auf der Hand. Ihre Realisierung wird davon abhängen, ob wir die notwendigen Korrekturen bewerkstelligen“.

Doch die Sozialdemokraten sind es oft genug selber, die - statt der „notwendigen Korrekturen“ - letztlich doch lieber die Fortführung der so heftig kritisierten alten Politik „bewerkstelligen“. Das demonstriert Engholm in seinem ureigenen landespolitischen Verantwortungsbereich: Während SPD-Verkehrspolitiker auf anderen Ebenen gegen den offenbar unbeherrschbaren Bundesverkehrsminister Günther Krause und seine im neuen Bundesver-

kehrswegenplan im allgemeinen und in Sachen Ostseeautobahn A 20 von Lübeck nach Stettin insbesondere avisierte Betonpolitik wettren, wirkt die von Engholm geführte Landesregierung eifrig an der Planung der Trasse mit, die ja zu einem geringen, aber entscheidenden Teil auf dem Territorium von Schleswig-Holstein verläuft; würde die Kieler Regierung den Krause-Plänen die Zustimmung verweigern und die Mitwirkung an dem Projekt aufkündigen, bliebe die A 20 ohne Anschluß an das westliche Autobahn-Netz und damit Stückwerk.

Weder die heftigen Proteste von Bürgern der Trassen-Anlieger-Gemeinden noch der Wortlaut der von ihm selbst propagierten verkehrspolitischen Handlungssprache sind dem Ministerpräsidenten Anlaß, seine Unterstützung für das umstrittene Projekt aufzugeben. Die SPD macht Verkehrspolitik nach dem probaten Motto: „Es wird nichts so heiß gegessen, wie's gekocht wird.“ Da wird's einem lauwarm zumute.

m.w.

Dürreschadenshilfe:

## Anträge können gestellt werden

Nachdem die Abstimmung der Richtlinien mit den ebenfalls von der Dürre betroffenen Bundesländern nunmehr erreicht wurde, können Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern ab sofort Anträge auf Gewährung von Liquiditätshilfen stellen. Voraussetzung ist, daß deren Existenz durch die diesjährige Dürre gefährdet ist.

Entsprechende Antragsformulare und Erläuterungen halten Ämter für Landwirtschaft, zugelassene Betreuer und Beratungsstellen sowie der Landesbauernverband bereit. Dies teilte das Landwirtschaftsministerium am 25.8.1992 mit.

Die außergewöhnliche Trockenheit des Jahres 1992 hat bekanntlich in vielen landwirtschaftlichen Unternehmen zu beträchtlichen Produktionsausfällen geführt. Um hierdurch bedingte existenzgefährdende Liquiditätsschwierigkeiten anteilig abzuwenden, wird eine Beihilfe gewährt, wenn der einzelne Betrieb seine Existenzgefährdung aufgrund der Trockenheit nachweist.

Diese liegt in der Regel vor,

Plötzlicher Kindstod:

## Das unheimliche Sterben

Die Eltern sind unschuldig am „plötzlichen Kindstod“, der rätselhaften Krankheit, der in Deutschland zwei von tausend Babys zum Opfer fallen. Neuere Untersuchungen legen einen Zusammenhang dieser bislang unerklärlichen Todesfälle mit einer Belastung durch Dioxin, PCB sowie Elektromog nahe. Deshalb soll man beim Säugling nicht nur die Bauchlage, sondern auch starke elektromagnetische Felder meiden.

In allen Industrieländern ist das unheimliche Phänomen bekannt: Scheinbar völlig gesunde Babys sterben über Nacht an unerklärlichem Atemstillstand. Das Risiko, daß ein Säugling dieser geheimnisvollen Anfallskrankheit erliegt, ist größer als das, bis zum 15. Lebensjahr im Straßenverkehr umzukommen.

Die Medizin steht vor einem Rätsel: Bislang konnte man nur belegen, daß Kinder von Raucherrinnen und Säuglinge, die auf dem Bauch schlafen, besonders gefährdet sind. Auch fehlendes Stillen und zu starkes Schwitzen im Schlaf erhöhen das Risiko.

wenn der kalkulatorisch ermittelte bereinigte Betriebsertrag im Wirtschaftsjahr 1992/93 als Folge der Trockenheit um mehr als 30 Prozent unter dem normalen bereinigten Betriebsertrag liegen wird.

Für die in ihrer Existenz gefährdeten Betriebe ist eine außerordentliche Notlage zu erwarten, wenn der bereinigte Betriebsertrag um mehr als 55 Prozent unter dem Normalwert liegen wird. Ein Zuschuß kann im Falle der Existenzgefährdung bis zu 20 Prozent des entstandenen Schadens im Falle der außerordentlichen Notlage bis zu 30 Prozent umfassen.

Die Anträge sind bis zum 15. September 1992 beim zuständigen Amt für Landwirtschaft zu stellen. Die Fördermittel können jedoch erst bewilligt werden, wenn die Entscheidung des Landtages über den Nachtragshaushalt 1992 positiv ausfällt sowie die Genehmigung der Maßnahmen durch die EG erfolgt.

Hiervon wird jedoch im Landwirtschaftsministerium ausgegangen.

Einen eindeutigen Zusammenhang konnte die Wissenschaft jedoch nicht nachweisen. Einige Ärzte glauben nun, einen Zusammenhang mit der Belastung der Babys durch Umweltschadstoffe bereits im Mutterleib belegen zu können. Andere Forscher sehen Elektromog als mögliche Ursache.

So könnte die Produktion von Hormonen, die für die Steuerung der Atmung verantwortlich sind, durch den Einfluß elektromagnetischer Felder gestört werden. Diese Felder werden zum Beispiel von Hochspannungsleitungen oder Elektrogeräten erzeugt. Noch steht aber der Beweis für diese Theorien aus.

Die Eltern sind also gut beraten, mögliche Risikofaktoren auszuschalten. Das bedeutet, während der Schwangerschaft auf das Rauchen zu verzichten, das Kind sechs Monate zu stillen, es nachts nicht zu warm einzupacken, zum Schlafen auf den Rücken zu legen und elektrische Geräte aus dem Kinderschlafzimmer zu entfernen.

Forum

# Politikverdrossenheit

Der Mecklenburger Aufbruch hat mit dem Essay von Bernd C. Hesselein „Wenn das Volk weiter denkt als die Politiker“ (MA Nr. 31/32) wieder einmal Lektüre angeboten, die sich lohnt zu lesen. Wiewohl mich eigentlich so lange Texte immer ziemlich quälen, muß ich dem Autor doch bescheiden, daß er eine stringente Analyse unserer Zeit verfaßt hat.

Die Arroganz und Ignoranz der Politiker haben es wohl soweit kommen lassen, daß sich Hoffnungslosigkeit breit machen konnte in Deutschland. Derzeit kommt es meines Erachtens zu unheiligen Allianzen.

Die Ereignissen in Rostock haben den Verdacht einmal mehr untermauert, es gibt hinter dem schrecklichen Ereignissen eine Absicht. Die Politik hat es bis heute nicht vollbracht, eine aufrichtige Haltung in der Frage des Asyls zu erreichen. In diesen Tagen hat sie eine schallende Ohrfeige erhalten.

R. Schneider, München

Bis heute wird in dieser Frage mehrheitlich geheuchelt. Wir nehmen nicht zur Kenntnis, daß wir unseren Reichtum teilen müssen. Dazu gibt es keine Alternative, es sei denn, wir bekennen uns zu unserem Egoismus und ziehen eine Mauer hoch, die uns abschottet gegen alle, die unser Wohlleben teilen wollen.

Auf dem Hintergrund der Abscheulichkeiten von Rostock kann ich die Forderung nach mehr Mitsprache des Volkes nicht ganz so optimistisch wie Bernd C. Hesselein sehen. Wie schnell sind Mehrheiten gefunden, die sich für Populäres einsetzen, die Asylfrage wäre längst vom Tisch, hätte die Mehrheit entschieden. Ich hätte große Sorge, wie dieser Tisch aussähe.

Es bleibt auch zu bezweifeln, ob das Volk der Deutschen sich im Herbst 1990 noch vereinigt hätte, hätte man es um seine Meinung gefragt.

# Ausländerpolitik

Mit großem Interesse habe ich den Artikel „Den Bock zum Gärtner“ von Michael Will gelesen: Skandalös erscheint auch mir, daß so konträre Positionen, wie die Leitung der Abteilung für Ausländerfragen im Schweriner Innenministerium und des Ausländerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern in einer und derselben Person vereint sein sollen.

Daß Herr Rusch in dieser Position kein unabhängiger Vertreter der Interessen ausländischer Mitbürger sein kann, liegt auf der Hand. Für Herrn Rusch rangiert offensichtlich das Anhäufen mehrerer Positionen, und damit mehrerer Gehälter, vor dem Anliegen der Ausländer.

Die mangelnde Sensibilität in diesem Bereich, die Besetzung solch wichtiger Ämter mit offensichtlich unqualifizierten Leuten, tragen mit zu der absolut verfehlten Ausländerpolitik nicht nur in M.-V. bei: Die Strukturen sind genauso, wie deren Ergebnisse erwarten lassen.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, Herr Rusch, unverzüglich ihren Posten als Ausländerbeauftragter zu räumen, um damit vielleicht ein Signal zu einem Neuanfang in diesem Bereich zu setzen.

C. D., Hamburg

# Nicht immer gleich den Kopf fordern

Ich bin der Meinung, daß die Menschen in den neuen und alten Bundesländern viel zu wenig von einander wissen. Dieses Nichtwissen bringt aber Vorurteile hervor, welche nur schwach abzubauen sind. Jeder sollte sich an seinem Platz bemühen, solche Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen. Leider hat auch die Presse auf beiden Seiten der früheren Mauer dazu beigetragen, daß die Kenntnis von den beiderseitigen Lebensumständen nicht zu groß wird. Wenn es nicht gerade solche Ereignisse wie jetzt in Rostock sind, wird in der westdeutschen Presse eigentlich recht wenig von den Sorgen der Bevölkerung in den neuen Ländern berichtet, höchstens dann, wenn man es partei-politisch ausschlagen kann. Wer gerne in „Antifaschismus“ macht, der fotografiert einen Jugendlichen, der angesichts des Feuers den rechten Arm zum Hitlergruß hebt. Wer die Regierung für die Wohnungsnot verantwortlich machen will, der weist darauf hin, daß durch die Wohnungsnot die jungen Menschen auf die Straße getrieben werden, wobei man vergißt, daß ein Teil der Rabauken aus Hamburg, Berlin oder sonst wo aus dem Westen kam und an der Wohnungsnot der Rostocker Jugend sicher nicht interessiert war. Das die Polizei immer schuld ist, daran haben wir uns schon gewöhnt. Wenn in München die Polizei Rechtsstörer abdrängt und zunächst einmal einkesselt, damit sich solche Vorfälle wie in Rostock nicht erst ereignen, dann fordert die Opposition, daß Bürgermeister und Polizeipräsident ihren Hut nehmen, weil die Menschenrechte in Gefahr sind.

Aber woher soll man eigentlich von den Sorgen in den östlichen Bundesländern unterrichtet werden. In den Bahnhofsbuchhandlungen, wo man sonst Zeitungen aus aller Welt bekommt, ist eine ostdeutsche Zeitung oder Wochenzeitung nicht zu haben, jedenfalls habe ich es an allen möglichen Orten probiert und habe zur Antwort bekommen, daß diese Zeitungen nicht gefragt seien.

K. W., Klingerberg/Main

# Gewalt gegen Kinder

Anfang August brachten Sie einen Beitrag zu diesem Tabuthema. Es ist ein Problemfeld, das wohl jedem unter die Haut geht, den Opfern und vielleicht manchmal auch den Tätern. Es ist furchtbar, was Erwachsene Kindern antun.

dann kann man sich wohl vorstellen, was sich hinter den Türen in unseren Wohnhäusern abspielt.

Es gibt viele Mißhandlungen an Kindern, die sexuelle ist eine der schlimmsten. Ich bin selbst das Opfer eines sexuellen Mißbrauchs gewesen.

Der böse Onkel war nicht im Wald, nicht der Fremde im Dorf, er war der Freund der Familie. Bis heute hab ich mit den Menschen nicht sprechen können, die mir hätten helfen können, aus Angst vor meinen Eltern habe ich bis heute geschwiegen.

Das ist nun schon über dreißig Jahre her. Als ich den Beitrag im Mecklenburger Aufbruch las, kam mir das alles wieder hoch. Es ist absolut notwendig, daß das Tabu gebrochen wird.

S. R., Schwerin



Erste Adresse in Berlin

Foto: armw

# Die Kirche war keine Widerstandsbewegung

Frau Wurzel sollte sich viel Zeit nehmen, unser Land kennenzulernen. Man merkt den Antworten der Chefin der Staatskanzlei an, daß ihr Bild der ehemaligen DDR doch sehr verschwommen ist. Zum Beispiel ist mir unverständlich, daß es heißen kann, die Kirche war „häufig eine Sammlung von Menschen, die gegen das System waren.“ Die Kirche war bei weitem mehr und wohl in vielem auch weniger.

Weder geht es an, daß die Christen, die in ihr ihren Ort hatten, heute als Nebensache der Kirche

Günther Schmidt, Rostock

# Pofis an die Macht

Das Interview mit Frau Dr. Wurzel fand ich sehr aufschlußreich.

Sie scheint eine sehr pragmatisch handelnde Politikerin zu sein, die weiß, worum es geht in dem Job, den sie ausfüllt. Ich fand es sehr wohlthuend, daß sie in ihrem Gepäck kein aufopferndes Helfersyndrom hatte. Ich denke auch, daß es wichtig ist, daß in der Administration unseres Landes erfahrene Menschen sitzen müssen, besonders an den Schaltstellen der Macht.

Renate Just, Schwerin

# Vor Büchern Schlange stehen

Nun geht unser Junge also zum Gymnasium. Wunderbar. Das verspricht ein gutes Maß humanistischer Bildung, „alte Schule“ eben. Genau das, was wir uns doch so lange gewünscht hatten. Unser Beitrag dazu sind zunächst schlapp 140 Mark für ein paar noch zu kaufende Bücher. Am Dienstag von 14 bis 19 Uhr ist Schulbuchverkauf in der Schule, der Junge drängelt: „Ich brauche die Bücher morgen.“

Auf dem Plattenweg zum Foyer droht uns ein Steppke mit den Worten: „Da stellt euch mal an, das dauert 'ne Weile.“ Tatsächlich empfängt uns im Foyer die altbekannte DDR-Bananenschlange. Offensichtlich sind alle da. Eltern und Schüler stehen in einem gestalteten Kreis bis weit in den Hof und treten nervös geduldig von einem Bein auf's andere. Die so heiß begehrten Bücher werden aus einer Garderobe heraus von

drei Lehrerinnen verkauft, denen man nicht ansehen kann, ob sie den leichten Nervenzusammenbruch noch vor oder schon hinter sich haben. Ein Vater erzählt mir, daß er schon anderthalb Stunden hier steht, und ich schätze, er hat noch gut eine halbe vor sich.

Unser Buchhändler erklärt uns wenig später, daß er die Bücher zwar bestellen aber auch erst in ein paar Tagen bekommen könnte, bis dahin würden wir sie in der Schule

wohl auch mit weniger Aufwand erstehen können.

Zwischenzeitlich geht unser Junge zu einem seiner neuen Mitschüler, der das jeweilige Buch schon hat, und macht dort seine Schularbeiten.

Vielleicht aber hätte man auch den Schulbuchverkauf ein paar Tage eher eröffnen können? So kurz war doch der Urlaub für die Lehrer nicht.

W. Hansen

## JA·JA! JAHRESWAGEN & AUTOS MIT TAGESZULASSUNG

AKTUELL

10 x POLO SUN "UNIVERSAL", 0 KM, TAGESZULASSUNG, (45 PS) 33KW

19 x AUDI 80 "IMPERIAL", 0 KM, TAGESZUL. (90 PS) 66 kW

14 x PASSAT VARIANT "TORNADO", 0 KM, TAGESZUL. (90 PS) 66 KW

→ NUTZFAHRZEUGE · DOPPELKABINE · KASTEN · CARAVELLE ←

wenig km, optisch und technisch 1. A.

z. B. Audi 80 Trend Edition, Juli 91, 15.000 km, Schiebedach, Stereo-Cassettenradio, Colorglas, Lederlenkrad, Servolenkung u. v. a. m. nur 27.750,—

**120 weitere meistergeprüfte Gebrauchtwagen mit Garantie zur Auswahl**

MIT RAT & TAT & NETTEN LEUTEN!

# QUAST

DAS AUTOHAUS

# MÖLLN

MÖLLN-SÜD → RICHTUNG GRAMBEK  
GRAMBEKER WEG 95-99  
TEL. 04542/6028 · FAX 04542/86014

**QUALITÄT**  
**Domäne**  
**PREISWERT**  
Einrichtungsmärkte  
...erstmal zur Domäne...  
...erstmal zur Domäne...  
...erstmal zur Domäne...

**Die hat's**

Rostock · Schutow / Halle 1 · Telefon: 8 85 43  
Schwerin · Handelsstraße · Telefon: 86 06 61-62

täglich von 9 - 18.30 Uhr · samstags 9 - 14 Uhr  
langer Samstag 9 - 16 Uhr · donnerstags bis 20.30 Uhr

Suche preiswerte alte Eisenbahnschwellen (Holz).  
Tel. 8 33 88

Verkaufe Nähmaschine, Marke Naumann, ca. 1920, Rundschiiffchen.  
Chiffre 35 B

Wer gibt Nachhilfeunterricht in Russisch, Englisch und Mathematik?  
Tel. SN 21 49 52

Verkaufe Minifahrrad, 30.-DM. Chiffre 35 C

Suche Fußballwimpel aus der DDR (umsonst)  
Chiffre 35 D

Suche Wohnung, Großraum Schwerin, vier Zimmer, oder Haus am See, auch reparaturbedürftig.  
Chiffre 35 E

Wer verschenkt altes Kneipenmobiliar? Bin Student.  
Chiffre 35 F

Brauche dringend für meine Tochter ein spielberechtigtes, altes Klavier, Marke ist Nebensache.  
Chiffre 35 G

Suche stabile Holzkiste. Schriftliche Angebote an: G. Jacob, Clara Zetkin-Straße 25, O-2752 Schwerin

Suche Holzbilderrahmen aller Formate. Angebote unter Chiffre 35 G

Suche Eßtisch für 6 Personen. Chiffre 35 J

Gartenhaus in Schwerin Mueß, 45 qm Wohnfläche, Garten 540 qm Land (Pacht) ruhige Lage, Kleintierhaltung möglich.  
Tel. 86 28 78 oder 86 81 73 (ab 18.00 Uhr).

**QUALITÄT**  
**Domäne**  
**PREISWERT**  
Einrichtungsmärkte  
...Gardinen...  
...Gardinen...  
...Gardinen...  
...Gardinen...

**Die hat's**

z. B. Stores und Deko - fensterfertig, Meterware und Zubehör

**MECKLENBURGER AUFBRUCH**

Ihr leistungsstarker Werbepartner für die ganze Region.

Rufen Sie an:  
Schwerin  
**8 33 88**

Gebrauchter PC 286er mit 40er Platte und 2 Laufwerken, Farbmonitor und MF2-Tastatur für nebenberufliche Texterfassung gesucht. Möglichst mit Laserdrucker. Angebote bitte unter: Chiffre A-35-X

**QUALITÄT**  
**Domäne**  
**PREISWERT**  
Einrichtungsmärkte  
...Möbel...  
...Möbel...  
...Möbel...  
...Möbel...

**Die hat's**

z. B. Anbauwände, Garnituren, Eßgruppen - Schlaf- u. Jugendzimmer, Küchen

**Wer im Treibhaus sitzt...**



Wenn Sie wissen möchten, was Sie gegen Treibhauseffekt und Ozonloch tun können, schicken Sie uns bitte diese Anzeige.  
BUND · Im Rheingarten 7 · 5300 Bonn 3

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.  **BUND**

**QUALITÄT**  
**Domäne**  
**PREISWERT**  
Einrichtungsmärkte  
...Tapeten...  
...Tapeten...  
...Tapeten...  
...Tapeten...

**Die hat's**

Farben + Heimwerkerbedarf

**QUALITÄT**  
**Domäne**  
**PREISWERT**  
Einrichtungsmärkte  
...Haustextilien...  
...Haustextilien...  
...Haustextilien...  
...Haustextilien...

**Die hat's**

z. B. Bettwaren, Tischwäsche und vieles mehr

**QUALITÄT**  
**Domäne**  
**PREISWERT**  
Einrichtungsmärkte  
...Leuchten & Geschenkartikel...  
...Leuchten & Geschenkartikel...  
...Leuchten & Geschenkartikel...  
...Leuchten & Geschenkartikel...

**Die hat's**

wunderschöne Leuchten - große Auswahl an Geschenkartikeln

**QUALITÄT**  
**Domäne**  
**PREISWERT**  
Einrichtungsmärkte  
...Teppiche & Bodenbeläge...  
...Teppiche & Bodenbeläge...  
...Teppiche & Bodenbeläge...  
...Teppiche & Bodenbeläge...

**Die hat's**

Teppiche auch "ECHT ORIENT"  
Teppichboden · PVC · Teppichfliesen

**Urlaub in Portugal-Westalgarve**  
Ferienwohnungen für 2-5 Personen ganzjährig zu vermieten.  
**Birgit Herbers · Dieter Lorenz**  
8670 Aljezur · Telefon 00 351 82 9 84 59  
Anfragen schriftlich an:  
**Mecklenburger Aufbruch - Anzeigenannahme**  
Puschkinstraße 19 · O-2750 Schwerin

**Baby-Land MECKLENBURG**

**Der große Babyausstatter auf 700 m<sup>2</sup> Betriebsfläche**

- Familieneinkauf zum langen Samstag
- Informieren Sie sich über unsere Herbst-Winter-Kollektion
- Stubenkörbchen kompl. + Himmel u. Decke 269,90
- Wickelauflagen, Wickeltische ab 24,90
- Krabbeldecken ab 29,90
- Große Auswahl an MÖBELN!

Schwerin-Friedrichsthal · Lärchenallee 32  
B 104 Richtung Gadebusch  
Mo.-Fr., 9-18.00 · Do., -20.30 · Sa., 9-14 · Ig. Sa. -16 Uhr  
Parkplatz vorm Haus



**Wir halten**

**Ihre Ohren**

**steif.**

Die Stimme des Nordens.

